

**Hans Woller, geb. 1952 in
Aldersbach/Niederbayern, Dr. phil.,
Historiker, von 1980 bis 1985
wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Institut für Zeitgeschichte
in München, seit 1985 am Deutschen
Historischen Institut in Rom;
Veröffentlichungen zur
amerikanischen Besatzungspolitik
in Deutschland, zur Parteien-
entwicklung nach dem Zweiten
Weltkrieg und zur Geschichte
Italiens nach 1943.**

**Zum Umschlagbild:
Das 1945 aufgenommene Gruppenphoto
zeigt Colonel William R. Whitaker
(erste Reihe, Mitte), Jurist aus Chicago und
Chef des Ansbacher Militärregierungs-
Detachments G-228, im Kreise seiner
Mitarbeiter.**

Oldenbourg

Landkreis Uffenheim

Landkreis Neustadt/Aisch

● Sonderrath

● Vornberg

● Flachslanden

● Leinberg

Landkreis Ansbach

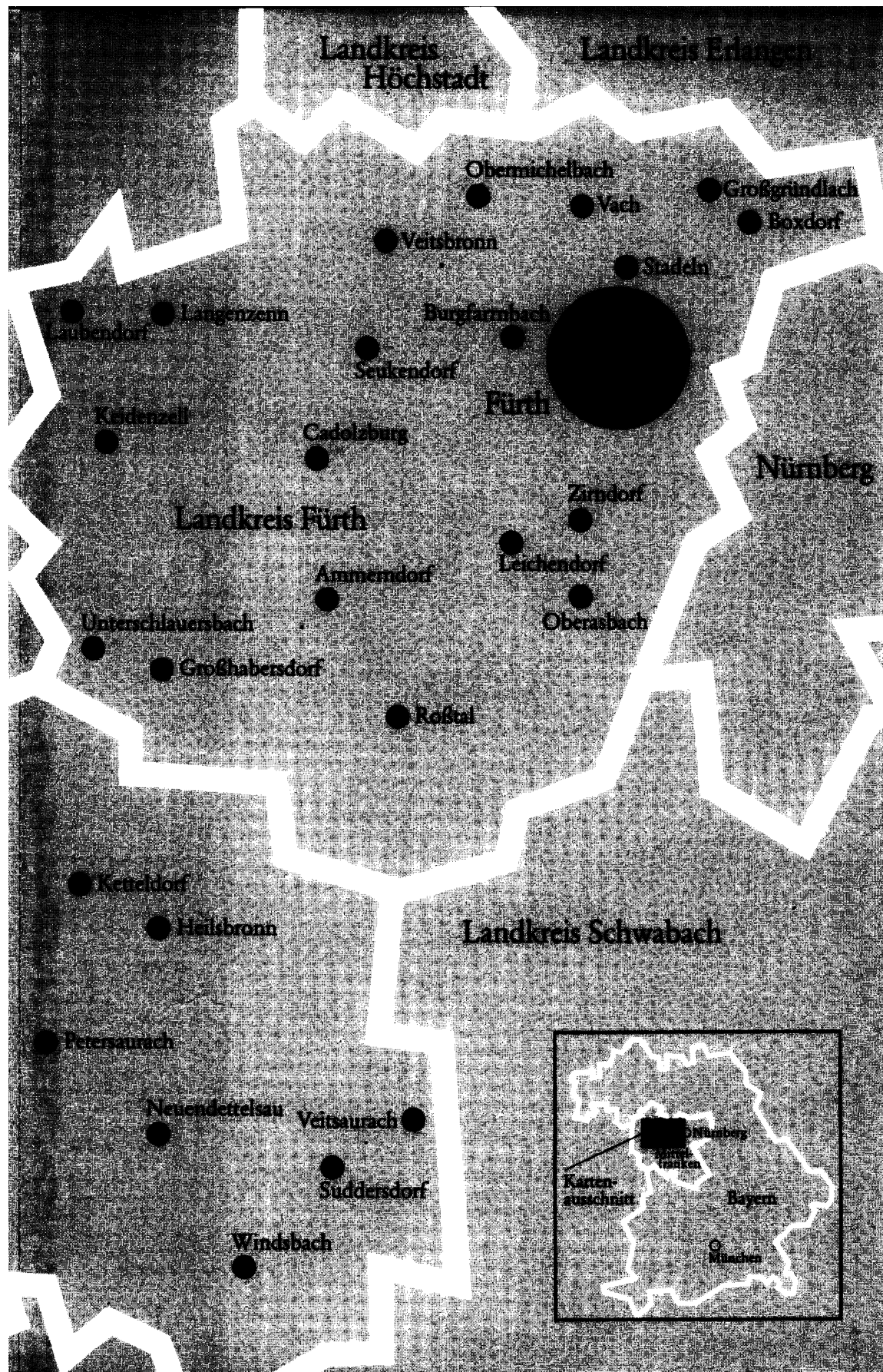
Ansbach

● Leinhausen

● Ebn

● Lichtenau

Landkreis Puchtwangen





Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte
Band 25

R. Oldenbourg Verlag München 1986

Hans Woller

Gesellschaft und Politik
in der
amerikanischen Besatzungszone

Die Region Ansbach
und Fürth

R. Oldenbourg Verlag München 1986

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Woller, Hans:

Gesellschaft und Politik in der amerikanischen
Besatzungszone: d. Region Ansbach u. Fürth /

Hans Woller. – München: Oldenbourg, 1986.

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte;
Bd. 25)

ISBN 3-486-53841-1

NE: GT

© 1986 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-53841-1

Inhalt

Einleitung	11
Perspektiven und Forschungsstand (11) – Behandelte Themen (13) – Die Szenerie: Auswahlkriterien (15), historisch-politische Topographie von Ansbach (17), Fürth (19), des Umlandes (22)	
I. Weimar, NS-Zeit, Krieg: Erfahrungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung vor 1945	27
Bombenangriffe (27) – Fremdarbeiter und Evakuierte (29) – Judenverfolgungen (31) – Evangelische Kirche im Dritten Reich (32) – Aufstieg der NSDAP (35) – SPD und Nationalsozialismus (37) – Begräbnis der Bombenopfer (38) – Nationale Euphorie nach 1933 (39) – Abrücken vom NS-Regime und Zerfall von NS-Herrschaft und Hitler-Mythos (40) – Warten auf die Amerikaner (44)	
II. Einmarsch und Etablierung der amerikanischen Militärregierung . . .	45
1. Das Kriegsende	45
Allgemeine Kriegsentwicklung (45) – Vorbereitungen für den Fall einer „Feindannäherung“ (46) – Komitee zur Kriegsbeendigung in Fürth (46) – Ein Amokläufer gegen die Realität der Niederlage (48) – Allgemeine Kriegsmüdigkeit (48) – Hektik in den letzten Kriegstagen (50) – Erfolgreiche und gescheiterte Aktionen zur Beendigung des Krieges (51) – Freundlicher Empfang für den Feind (57) – Entnervende erste Tage: Vergewaltigungen, Plünderungen (58) – Hitlers Geburtstag (61)	
2. Die Militärregierung	61
Organisation und Ausbildung (61) – Das Detachment für Fürth: Vorgesichte, personelle Verantwortlichkeiten (62) – Das Detachment für Ansbach (65) – Ein Militärregierungsoffizier (66) – Das CIC und seine Aufgaben: Umstrittene Verhaftungsaktionen (67) – Die Militärregierung in einem fremden Land: Feindseligkeiten und erste Kontakte (70)	
III. Aufbau der deutschen Verwaltung	74
1. Die Personalpolitik der amerikanischen Militärregierung 1945 . . .	74
Sozialdemokratische Oberbürgermeister im konservativen Ansbach (74) – Ein alter Beamter als Regierungspräsident (76) – Ein Parteigenosse als Oberbürgermeister in Fürth (77) – Der designierte Oberbürgermeister von Fürth und die Zonengrenze (78) – Ein Auswärtiger und ein Spielwarenfabrikant als	

Landräte (80) – Radikale Wachablösung in den dörflichen Rathäusern (82) – „Bürgermeister-Krieg“ in Seukendorf (84) – Antifa auf dem Lande (88) – Die Militärregierung gibt ein Stück Besatzungsherrschaft auf (90) – Die „Neuen“ in den Ämtern (91) – Schwere Amtsbürden (93) – Einflußreiche Hilfskräfte und der „Herrscher von Ansbach“ (94)

2. Die politische Säuberung des öffentlichen Dienstes: Maßnahmen, Widersprüche, Reaktionen 95

„Selbstreinigung“ im öffentlichen Dienst (95) – Die amerikanische Säuberungsmaschinerie läuft langsam an (96) – Direktive vom 7. Juli 1945: Ein säuberungspolitisches Hauruckverfahren beginnt (98) – Entlassungswellen (99) – Ein Besatzungsoffizier bewahrt kühlen Kopf und scheitert (100) – Zahlreiche nicht gerechtfertigte Härten (102) – Deutsche Proteste und Tricks (102) – Schäffers Entlassung und die Auswirkungen in der Provinz (105) – Ersatz für den entlassenen Regierungspräsidenten (106) – Hoegner wird bei der Ernennung des Regierungspräsidenten übergangen (106) – Der neue Regierungspräsident und seine säuberungspolitische Roßkur (106) – Wiedergewinn der Autonomie (107) – Die Amerikaner ziehen sich aus der direkten Verwaltung zurück (108) – Kraftprobe zwischen CIC und Militärregierungsdetachment (109)

3. „Renazifizierung“ des öffentlichen Dienstes 1947/48? 111

Die entlassenen Beamten schlagen sich anderweitig durch (111) – Zurückströmen der Ehemaligen (112) – Pro und contra „Renazifizierung“ (113) – Die politische Kontrolle in den Ämtern bleibt erhalten (115)

IV. Die deutsche Entnazifizierung – Das Dilemma der Spruchkammern . 116

1. Das Befreiungsgesetz 116

Die amerikanische Säuberungspolitik in der Sackgasse (116) – Deutsche Gegenanschläge bleiben unbeachtet (117) – Das Befreiungsgesetz (118) – Der Meldebogen (119)

2. Die Spruchkammern 1946–1949: Aufbau, Personal, Tätigkeit, Ansehen in der Öffentlichkeit 119

a. Fehlstart 1946 119

Hoffnungen und Befürchtungen (119) – Die schwierige Suche nach Vorsitzenden (120) – Die öffentlichen Kläger (122) – Ein Außenseiter will aufräumen und wird kaltgestellt (123) – Die Beisitzer (123) – Der Ermittlungsdienst (124) – Die Berufungskammer (125) – Das Sozialprofil der Spruchkammern (125) – Erste Verhandlungen als politische Tribunale (126) – Die Tage der Mitläufer beginnen (127) – Die schriftlichen Verfahren (127) – Die Spruchkammern in der Zwickmühle (128) – Gute Gründe für Konzentration auf „kleine Fische“ (129) – Die Geißel der Mitläufer: Das Beschäftigungsverbot (130) – Unmut über Ungerechtigkeiten (130) – „White-washing“ der Berufungskammern (131) – Überzeugungskraft der Spruchkammern versackt im „sozialen Filz“ (132) – Persilscheine (132) – Kirche und Persilscheine (134) – Abrücken vom Befreiungsgesetz (135) – NS-Untaten sind nicht vergeben (136)

b. Clays Donnerwetter 1946 und die Folgen – „White-washing“ im Zeichen der Amnestien 137

Clay zürnt über geringe Fortschritte (137) – „Falken“ in der Militärregierung gewinnen an Einfluß (137) – Clays Philippika: Es muß denazifiziert werden (138) – Das Trauerspiel der Ansbacher Spruchkammer (139) – Der neue Entnazifizierungsminister Alfred Loritz (141) – Die Amnestien (141) – Die Entnazifizierung auf den Schreibtischen von Beamten (142) – Erfolgsbilanzen nach Abwicklung der Amnestien (143) – Die Militärregierung will Taten sehen (144) – Endlich ein Vorsitzender für die Spruchkammer Ansbach (145) – Juli 1947: Erste öffentliche Verhandlung in Ansbach (145) – Ein prominenter Pg vor der Spruchkammer (146) – Belastungszeugen fallen um (147) – Die Honoratiorenschaft als Verteidiger vor der Spruchkammer (148) – Das soziale Netz zur Abwehr der Entnazifizierung schützt auch prominente Pgs (148) – Spruchkammerpersonal will nicht mehr (149) – Skandalöse Vorfälle aus der NS-Zeit beleben den Säuberungswillen (149)

c. Das letzte Stadium der Entnazifizierung 1948/49 151

Die Amerikaner verlieren das Interesse an der Säuberung (152) – Gnade vor Recht (153) – Geist einer gerechten Säuberung noch nicht ganz erloschen (153) – Ein Ortsgruppenleiter vor der Spruchkammer (154) – Eine scharfe Spruchkammer schießt übers Ziel hinaus (154) – Berufungskammern setzen Rehabilitierungskurs fort (155) – Ein Kreisleiter muß sich verantworten (156) – Die Berufungsverhandlung ist ein gewöhnliches Gerichtsverfahren (157) – Ein kleiner Pg will sich mit Mitläufer-Prädikat nicht abfinden (158) – Die Sorgen des Spruchkammerpersonals (159) – Das Personal als peinliches Erbe der Entnazifizierung (161) – Die Bilanz einer Spruchkammer (161) – Bilanz nach der zweiten Instanz (162) – Fühlbare Strafen auch für kleine Pgs (163) – Der Denkkzettel für Mitläufer (163) – Der Denkkzettel für die örtliche NS-Prominenz (163)

V. Die politischen Parteien – Gründung und Entfaltung 1945–1949 . . . 166

Kein politisches Fieber, aber überall regen sich kleine Gruppen (166) – Parteienlizenzierungspolitik (167)

1. SPD und KPD – Die Linke formiert sich schnell 167

Ein bürgerlicher KP-Führer in Ansbach (168) – Die Fürther KPD-Ortsgruppe (169) – Das neue Prestige der KPD zahlt sich aus (171) – Die Anfänge der SPD in Fürth: Gründerväter und ihr Schicksal in der NS-Zeit (171) – Das SPD-Milieu ist brüchig geworden (173) – Die junge Generation geht auf Distanz (173) – Neue Gesichter (174) – SPD in Ansbach (174) – SPD und Abrechnung mit dem Nationalsozialismus (176) – Gründungsfeier im Stadttheater (177) – Mangelnde Solidarität (178) – SPD und KPD (179)

Exkurs: „Heraus aus dem Ghetto“ – Die Auseinandersetzungen um die Wiedergründung der Arbeitervereine 181

Arbeitervereine vor 1933 (181) – Zerschlagung 1933 (182) – 1945 fehlt es an Aktiven (183) – Nur wenige Vereine setzen Tradition fort (183) – Neubestimmung: Viele Arbeitervereine brechen mit der Vergangenheit (184) – Fusionen von bürgerlichen und Arbeitervereinen (184)

2. CSU – Mühseliger Start der interkonfessionellen Sammelpartei . . . 187

Der Sammlungsgedanke liegt in der Luft (187) – Ein Oberkirchenrat übernimmt die Initiative (188) – Wie weit soll das Engagement der Kirche gehen? (189) – Die CSU auf dem Lande (190) – Gründungsversammlung: Soziale Herkunft und politische Vergangenheit der Gründer der Ansbacher CSU (190) – In Fürth wird eine alte BVP-Gruppe aktiv (193) – Die evangelische Geistlichkeit zögert (193)

3. Die Liberalen – Anknüpfen an Weimar 195

Gründerväter in Fürth (195) – Eine Loge unterstützt die Liberalen (195) – Liberale Gruppe in Ansbach (196)

4. Weitere Parteigründungsversuche: Die Loritz-Partei (WAV) und die Königspartei 197

5. Wahlkämpfe und Wahlen 1946 198

Erste Kundgebung unter freiem Himmel (198) – Pro und contra frühe Wahlen (198) – Militärregierung und Wahlbeteiligung (200) – Alle mahnen: Geht zur Wahl (201) – Überraschung über die hohe Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen (202) – Ergebnisse und erste Trends (202) – Wahlkämpfe: Slogans und Kampagnen (203) – Mitgliederzuwachs der Linksparteien im Wahlkampf (205) – Keine passiv-phlegmatische Einstellung der Bevölkerung (205) – Die Wähler sind nüchterner geworden (206) – Ergebnisse der Kreistags- und Stadtkreiswahlen und der Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung (207) – SPD erobert ihre alten Hochburgen wieder (207) – SPD-Erfolge im bürgerlich-protestantischen Milieu (208) – SPD, CSU und Liberale im Wettstreit um NSDAP-Wähler (209) – CSU dominiert auf dem Lande (209) – Die Liberalen und ländliche Wähler (211) – Von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister machen SPD auf dem Lande salonfähig (212) – NSDAP bahnt SPD den Weg (212) – Enttäuschung in der KPD (212) – Schwere KPD-Verluste im proletarischen, leichte KPD-Gewinne im bürgerlichen Milieu (213) – Die Bindekraft der CSU ist gering (214) – Ergebnisse der Landtagswahl (215) – Die CSU verliert (215) – Die WAV im Aufwind (216) – Die Anfälligkeit für radikale Propaganda ist nicht groß (217)

6. Kräfteverschiebungen innerhalb des Parteiensystems vor der Bundestagswahl 1949 217

Die Parteien sind überlastet (217) – Eine „Neubürger“-Initiative tritt hervor (218) – Befürchtungen bei den etablierten Parteien (220) – Wahlerfolge der Neubürger (220) – Die Bayernpartei macht Furore (221) – Die CSU riskiert die Preisgabe der protestantischen Wählerschaft (222) – Ein evangelischer Gesprächskreis der CSU (223) – Die KPD verliert in Ansbach ihr „bürgerliches“ Gesicht (225) – Zähe Langweiligkeit in der SPD (226) – Erneuerung der SPD von der Peripherie her (227) – Flüchtlinge und SPD (227) – Die SPD in der Defensive (228) – Die bürgerlich-proletarischen Vereine zerbrechen wieder (229) – Erzwungene Wiedergründung der Arbeitervereine (231) – Ergebnisse der Bundestagswahl (231) – Verluste der SPD (232) – SPD erhält Zulauf von Flüchtlingen (233) – Der Niedergang der KPD (233) – Die CSU am Rande des politischen Abgrundes (233) – Die WAV profitiert vom Kursverlust der CSU (234) – Die 1946 aus politischen Gründen von der Wahl Ausgeschlossenen sind vorsichtig geworden (235) – WAV und Flüchtlingswähler (236) – FDP gewinnt in ehemaligen DNVP-Hochburgen (236) – Die Bayernpartei bleibt auf

katholische Gebiete beschränkt (237) – Die bürgerlichen Parteien sind auf dem Vormarsch (237) – Die Prägekraft der sozialmoralischen Milieus hat nachgelassen (238)

VI. Mittelständische Wirtschaft und Industrie	240
1. Sommerliche Konjunktur	240
Erhard in Fürth (240) – Beginnende Erholung, Quellenprobleme (242) – Unüberwindliche Hindernisse (243)	
2. Ansätze zu einer Säuberung der Wirtschaft: Gesetz Nr. 8 und Treuhänderwesen	245
Gesetz Nr. 8 (245) – Ansatzweise Selbstreinigung (245) – Entlassungen aufgrund von Gesetz Nr. 8 (246) – Die Mängel des Gesetzes (248) – Gesetz Nr. 52 und Treuhänderwesen (249) – Mißstände (250) – Gesetzliche Regelungen auf Länderebene (251) – Ein Treuhänder (252) – Aufgebauchte Kritik (253) – Treuhänder auf verlorenem Posten (254) – Treuhänderwesen in ruhigeren Bahnen (256)	
3. Krise im Hungerwinter 1946/47	256
Hindernisse auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Erholung (257) – Die Industrieproduktion kommt zum Erliegen (258) – Ernährungs- und Versorgungsprobleme (259) – Die Not der Flüchtlinge (260) – Untergangsstimmung und öffentliches Rasonnement (262) – Kritik an der Besatzungsmacht (262)	
4. Die Gründerjahre des „kleinen Mannes“	264
Ansturm auf die Selbständigkeit (264) – Auf dem Weg zu neuen Gewerbezulassungsgesetzen (266) – Preisgabe des Gedankens der Gewerbefreiheit in den Gesetzen (268) – Abwehrmaßnahmen des eingesessenen Gewerbes (270) – Die beginnende Industrialisierung des bauerlichen Umlandes (273) – Der Fall Leutershausen: Großzügige Ansiedlung von Flüchtlingsbetrieben (274) – OM-GUS drängt auf liberalere Gewerbebelizenzierungspolitik (276) – Die oktroyierte „radikale“ Gewerbefreiheit und der deutsche Widerstand dagegen (277) – Gründerzeit (277) – Abenteuerliche Geschäftspraktiken (278) – Gemäßigte Kritik an anarchischem Treiben der Privatwirtschaft (280)	
5. Lehrjahre eines Konzernchefs: Max Grundig 1945–1948	281
Anfänge in der Sternstraße 1930 (281) – Im Dienste der Rüstungswirtschaft (282) – Glänzende Ausgangslage 1945 (283) – Hans Eckstein (284) – Die großen Rundfunkwerke liegen lahm (284) – Der Erfolg des „Heinzelmann“ (285) – Kompensationsgeschäfte (286) – Pioniergeist bei Grundig (286)	
6. Am Vorabend der Währungsreform: Schwarzmarkt und Horten	287
Der Durchbruch zur wirtschaftlichen Gesundung läßt auf sich warten (287) – Das finanzielle Erbe des Dritten Reiches (287) – Große und kleine Schwarzmarktgeschäfte (288) – Hamsterfahrten (290) – Die Alltäglichkeit der kollektiven Vergehen (290) – Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage (292) – Öffentlicher Protest (292) – Warten auf die Währungsreform (294) – Hochsaison der Angsteinkäufe (295)	

7. Die Währungsreform	295
Gesetzliche Regelungen, soziale Ungerechtigkeiten (295) – Am Tag danach (297) – Kaufwut (298) – Das Geld wird knapp (298) – Steigerung der Industrieproduktion (299) – Amerikanisches Tempo beim Aufbau von Grundig (300) – Galoppierende Preise, gebundene Löhne (300) – Steigende Arbeitslosigkeit (301) – Verbesserte Arbeitsmoral (302) – Schärferer Wind in den Betrieben (303) – Zahlreiche Arbeitsgerichtsprozesse (304) – Flüchtlinge als Opfer der Währungsreform (304) – Erhard im Kreuzfeuer der Kritik (306) – Heißer Herbst 1948 (306)	
8. Es geht aufwärts	307
Beginnender Aufschwung (307) – Der Gürtel kann weiter geschnallt werden (308) – Wohnungsnot und Krankheiten (308) – Ein bescheidener Luxus (309) – Arbeitslosigkeit und Not der Flüchtlinge kaum verändert (309) – Integration der Flüchtlinge (310) – Trotz allem: Normalisierung (313)	
Schlußbetrachtung	314
Anhang	321
Quellen	321
Literatur	330
Abkürzungen	339
Register	341

Einleitung

Die Zeit der alliierten Besatzung in Deutschland ist mit ihrer nur knapp viereinhalbjährigen Dauer eine kurze Spanne deutscher Nachkriegsgeschichte. Die Bedeutung, die ihr als Phase tiefgreifenden nationalen, gesellschaftlichen, verfassungspolitischen und weltanschaulich-normativen Umbruchs zukommt, ist aber gar nicht zu überschätzen. Schon bei oberflächlicher historischer Betrachtung fällt eine scharfe Diskrepanz auf: Das Bewußtsein der Deutschen war in diesen Jahren nach dem Krieg viel weniger revolutionär gestimmt als nach dem Ersten Weltkrieg. Die Stimmungslage der aus Hitlersuggestion und Kriegsanstrengung entlassenen deutschen Bevölkerung war vielmehr gekennzeichnet durch psychologische und materielle Erschöpfung, Abkehr von ideologischen Fragen und Hinwendung zu privaten und familiären Interessen. Die Veränderungsprozesse, die sich trotz dieses antirevolutionären Klimas vollzogen oder irreversibel anbahnten, hatten aber fraglos die Qualität einer revolutionären Zäsur.

Die wichtigsten Aspekte dieses Umbruchs sind auf der oberen Ebene der Politik der Besatzungsmächte im Rahmen des weltpolitischen Konstellationswandels zwischen 1945 und 1949 – von der Allianz der Siegermächte zu ihrer Konfrontation im Kalten Krieg – oft beschrieben worden: Wir kennen die Planungen und Zielsetzungen alliierter Deutschland- und Besatzungspolitik, wir wissen von den Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene, die zur Teilung Deutschlands und zur Gründung zweier deutscher Staaten geführt haben, und wir sind vertraut mit den sicherheits- und bündnispolitischen Umorientierungen und den einzelnen Schritten der verfassungspolitischen Neuordnung in Westdeutschland. Dem entspricht aber keine genügende historische Kenntnis der Art und Weise, wie dieser Umbruch von der deutschen Gesellschaft erfahren und verarbeitet wurde, welche Wirkungen die von den Besatzungsmächten und der deutschen politischen Führung verfolgten Absichten und ergriffenen Maßnahmen auf der unteren Ebene der Gesellschaft auslösten, ob und inwieweit sie durchdrangen, auf Resistenz stießen und modifiziert wurden, wie sich Besatzungsherrschaft an den deutschen gesellschaftlichen Beharrungs- und Traditionskräften abschliff, und wie aus dieser „Normativität des Faktischen“ die neuen, so von niemandem vorhergesehenen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland entstanden. Diesen spannenden Vorgang anschaulich und gerecht darzustellen, darin besteht die Zielsetzung dieses Buches.

Das Vorhaben, wesentliche Inhalte der Politik der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Auftragsverwaltungen auf zentraler und Länderebene *wirkungsgeschichtlich* aufzuzeigen, bedeutete für die Methode der Untersuchung zwangsläufig, die Beschreibung der Grundsatzentscheidungen einmünden zu lassen in die Analyse der Wirkungen und Gegenwirkungen in einem überschaubaren Feld der Gesellschaft. Politik und Gesellschaft in der amerikanischen Besatzungszone mußten

exemplarisch am Ausschnitt einer möglichst repräsentativen Region dargestellt werden, weil nur in solcher Begrenzung und Konkretisierung die formative Phase der deutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg genügend klar und verstehbar gemacht werden kann. Die in diesem Buch enthaltenen Kapitel über die Tätigkeit der Spruchkammer Ansbach, die Neugründung von Parteien und Verbänden in der mittelfränkischen Region Ansbach/Fürth oder über den Aufstieg der Fürther Firma Max Grundig sind deshalb nur Paradigmen solcher exemplarischer Geschichtserzählung. Diese dient nicht eigenständiger Institutionengeschichte, lokaler Partei- oder Firmengeschichte, setzt die genaue Kenntnis dieser spezifischen Details aber voraus, um das Allgemeine im Besonderen überhaupt erst sichtbar machen zu können.

Methodisch wird insofern angeknüpft an Perspektiven der politischen Sozialgeschichte, wie sie im Institut für Zeitgeschichte namentlich bei dem Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ erprobt wurden¹. Auch bei dieser Studie geht es um die Erfassung der Interdependenz von Gesellschaft und Politik und die Einbeziehung der subjektiven Erfahrungen der von der Geschichte Betroffenen². Sie konzentriert sich bewußt auf kleine Räume und Einheiten, auf Mikrobereiche von Dörfern, Kleinstädten, Stadtvierteln und Betrieben, in denen sich die Stimmungs- und Reaktionsweise der Bevölkerung und ihrer Meinungsführer vor dem Hintergrund überlieferter Verhaltensnormen, historischer Erfahrungen, wirtschaftlicher Interessen und kultureller Einstellungen einsichtig machen und erzählen lassen³.

Der amerikanische Gelehrte John Gimbel hat sich Anfang der sechziger Jahre als erster um die Erforschung der Wirkungsgeschichte der Besatzungszeit in einem überschaubaren Raum bemüht und 1964 mit seinem – eher aus amerikanischer Perspektive geschriebenem – Buch „Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945–1952“ bewiesen, daß mikroskopische Untersuchungen zu Ergebnissen führen können, die über den bisherigen Erkenntnisstand aus der Perspektive landes- oder nationalgeschichtlicher Betrachtung hinausweisen. Seither hat sich die Forschungslage durch die Zugänglichkeit deutscher und amerikanischer Akten und das Vorliegen zahlreicher grundlegender, meist politikgeschichtlich orientierter Arbeiten zur amerikanischen Besatzungspolitik wesentlich verbessert. Gleichwohl sind Gimbels Beispiel nur wenige gefolgt, neue, weiterführende sozial- und bewußtseinsgeschichtliche Fragestellungen kaum entwickelt worden. Im Zeichen einer verstärkten Hinwen-

¹ Vgl. dazu Martin Broszat in seinem Beitrag für das Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte, dessen Referate unter dem Titel *Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektive oder Trivialisierung*, München 1984, erschienen sind.

² Ebenda.

³ Zur Problematik von Regionalgeschichts- und Alltagsforschung sind in den letzten Jahren zahlreiche Aufsätze und Darstellungen erschienen. Vgl. besonders Martin Broszat, *Plädoyer für Alltagsgeschichte? Eine Replik auf Jürgen Kocka*, in: *Merkur* 36 (1982), S. 1244–1248; Günter Wiegmann (Hrsg.), *Geschichte der Alltagskultur*, Münster 1980; Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hrsg.), *Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte*, Düsseldorf 1982; Jürgen Kocka, *Klassen oder Kultur? Durchbrüche und Sackgassen in der Arbeitergeschichte*, in: *Merkur* 36 (1982), S. 955–965; ders., *Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 395 ff.; Lutz Niethammer, *Anmerkungen zur Alltagsgeschichte*, in: *Geschichtsdidaktik* 5 (1980), S. 231–242; Detlev Peukert, *Arbeiteralltag – Mode oder Methode?*, in: Heiko Haumann (Hrsg.), *Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung*, Berlin 1982, S. 8–39; Peter Steinbach, *Alltagsleben und Landesgeschichte*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 29 (1979), S. 225–305; Klaus Tenfelde, *Schwierigkeiten mit dem Alltag*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 376 ff.; Volker Ulrich, *Alltagsgeschichte. Über einen neuen Geschichtstrend in der Bundesrepublik*, in: *Neue politische Literatur* 29 (1984), S. 50–71.

dung zur Alltagsgeschichte hat sich das Interesse an lokal- bzw. regionalgeschichtlicher Forschung zwar belebt, noch immer aber fehlen sorgfältig recherchierte, breit dokumentierte und methodisch anspruchsvolle Studien, wie sie beispielsweise für die NS-Zeit in großer Zahl vorliegen⁴.

Selbstverständlich läßt sich auch bei regionaler Begrenzung nicht die Gesamtheit aller Wirkungen und Aspekte der besatzungspolitischen Maßnahmen berücksichtigen. Nach sorgsamer Erwägung wurde deshalb entschieden, sechs Hauptschwerpunkte zu bilden: In der einleitenden Beschreibung der Ausgangssituation des Frühjahrs 1945 kam es darauf an, das sozialkulturelle Profil der Region und die unterschiedlichen Erfahrungen ihrer politisch-gesellschaftlichen Gruppierungen in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich in Bezug zu setzen zu den spektakulären Ereignissen des Endes der Hitler-Herrschaft und des Beginns der amerikanischen Besatzung. Methodisches Ziel war es dabei, eine weitschweifige „eigenständige“ Vorgeschichte und Strukturanalyse der Region zu vermeiden; vielmehr sollten die in der kollektiven Erinnerung aufbewahrte jüngere und ältere Vergangenheit und die aus den besonderen sozialkulturellen Milieus entstandenen Wahrnehmungs- und Einstellungsmuster der Bevölkerung aus der Sicht des Frühjahrs 1945 dargestellt werden.

Im zweiten Themenkomplex wird die Vielgestaltigkeit der militärischen Besetzung nachgezeichnet, die Anbahnung und spätere Veränderung der Beziehungen zwischen Besatzungsmacht und deutscher Bevölkerung dargelegt und der Apparat der Militärregierung beschrieben. Ferner werden die von den amerikanischen Offizieren und ihren Mitarbeitern mitgebrachten Vorurteile und offiziellen Weisungen untersucht und einige der maßgeblichen Militärregierungsbeamten porträtiert. Anhand zahlreicher Personengeschichten und lokaler Fälle werden dann – drittens – Ausmaß und Modalitäten des von der Militärregierung veranlaßten personellen Revirements in der deutschen Verwaltung geschildert. Zur Darstellung wird dabei dreierlei gebracht: der kaum anders als revolutionär zu nennende Austausch in den politischen Spitzenpositionen, die von zahlreichen ungerechtfertigten Härten begleitete Radikalität der amerikanischen Säuberungsmaßnahmen, unter der vor allem Beamte und Angestellte zu leiden hatten, und die im damaligen politischen Tagesgeschäft sogenannte Renazifizierung des öffentlichen Dienstes in der zweiten Hälfte der Besatzungszeit.

Daran anknüpfend wird im vierten Teil mit den deutschen Säuberungsbemühungen, der Arbeit der Spruchkammern, ein Thema in den Mittelpunkt gerückt, das zu den Grundfragen historischer Beschäftigung mit der Besatzungszeit zählt⁵. In der detaillierten Beschreibung von Zusammensetzung und Arbeitsweise einer einzelnen Spruchkammer werden die Motive und vor allem das soziale Beziehungsgeflecht hinter der politischen Säuberung sehr viel deutlicher als in der großen Gesamtdarstellung

⁴ Einzelne Aspekte der Umbruchszeit nach 1945 auf lokaler oder regionaler Ebene behandeln etwa Otto Dann (Hrsg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Wuppertal 1981; Wiebke Fesefeldt, Der Wiederaufbau des kommunalen Lebens in Göttingen (1945–1948), Göttingen 1962; Hartmut Pietsch, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945–1948, Duisburg 1978; Friedrich Prinz (Hrsg.), Trümmerzeit in München, München 1984; Karl Rohe, Herbert Kühr (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, Königstein/Ts. 1979.

⁵ Vgl. dazu Klaus-Dietmar Henke, Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 127–133.

Lutz Niethammers über die Entnazifizierung in Bayern⁶. Das Beispiel einer Spruchkammer ist vielleicht besonders geeignet, die innovatorische Kraft solcher Betrachtung aus der gesellschaftlichen Nahoptik erkennen zu lassen: Die Schilderung der Entnazifizierungsproblematik entlarvt die vielerlei gesellschaftlich und politisch bedingten Rücksichten und Vorbehalte sowohl im Vorraum der Ermittlungen wie bei der prozessualen- und Entscheidungs-Praxis der Spruchkammern. Es wird aber auch das Dilemma der Spruchkammern deutlich, die in der entscheidenden Anfangszeit nur kleine Pgs aburteilen (die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und die übrige NS-Prominenz saßen in Internierungslagern) und so kaum größere positive öffentliche Resonanz finden konnten, während die Behandlung der prominenten Fälle schon in eine Phase allgemeiner Amnestiebereitschaft fiel. Dessenungeachtet kann gezeigt werden, daß die von den Kammern verhängten Strafen zusammen mit den von den Amerikanern veranlaßten Sanktionen wie Internierungshaft und Berufsverbot für fast alle NS-Aktivist*innen, aber auch eine nicht geringe Zahl von kleinen Parteigenossen eine materiell fühlbare Wirkung hatten.

Der fünfte Teil der Darstellung geht von der Frage aus, in welchem Maße bei der Demokratiegründung nach 1945 nur auf die alten republikanischen Potentiale aus der Weimarer Zeit zurückgegriffen werden konnte, oder ob und inwieweit die Erfahrung der NS-Zeit eine Veränderung der personellen Rekrutierungsfelder für Parteien bewirkte. Die parteiengeschichtliche Literatur konnte dazu bislang mangels intensiver lokalgeschichtlicher Untersuchungen kaum Schlüssiges aussagen⁷. Ähnliches gilt für die Frage der Kontinuität und Diskontinuität des politisch oder weltanschaulich gebundenen Vereins- und Verbandswesens. Auch hier erweist sich das Vermögen des lokalen Zugriffs: Im Bereich der Arbeiterparteien und ihrer Vereine zeigt sich dabei, daß eine Restauration der Verhältnisse von vor 1933 meist nicht möglich war. Selbst dort, wo erhebliche personelle Kontinuitäten vorlagen, hatte der nicht zuletzt durch die NS-Zeit bewirkte Einstellungswandel bei vielen Funktionären so kräftige Spuren hinterlassen, daß eine Wiederbelebung der alten sozialdemokratischen Arbeitervereine meist nicht einmal versucht wurde. Besonders naheliegend war es auch, in dieser Fallstudie die Thesen Alf Mintzels von der Partei neuen Typs, zu der sich die CSU entwickelte, zu überprüfen und im gesellschaftlichen Umfeld einer überwiegend evangelischen Region von ihren Beweggründen, personellen Voraussetzungen und Hemmungen her zu substantiieren. Mit Hilfe einer Interpretation von Wahlergebnissen, wirtschaftlichen und sozialen Daten aus ausgewählten Dörfern und Stadtbezirken werden außerdem signifikante Wandlungen der politischen Einstellung seit der Weimarer Zeit erfaßt und die anwachsenden antidemokratischen Proteststimmungen in der zweiten Hälfte der Besatzungszeit in den unterschiedlichen Milieus nachgezeichnet.

Thema des Schlußteils sind die vielfältigen, mit Schwarzmarktpraktiken und Kompensationsgeschäften verquickten Improvisationen wirtschaftlicher Notbewältigung in den ersten Nachkriegsjahren. Ein Sonderkapitel bildet das bislang kaum erforschte, aus Gründen der Entnazifizierung installierte Treuhänderwesen. Ein anderer Aspekt

⁶ Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt/Main 1972.

⁷ Vgl. dazu vor allem Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, 2 Bde., Opladen 1983/84 und die im Kapitel über den Aufbau der Parteien angegebene Literatur (siehe S. 166).

und in gewisser Weise eine zweite Stufe der gewerblichen Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit wird mit der Praxis der Gewerbezulassung behandelt. Gerade hier läßt sich die Wechselwirkung von Faktizität und Normativität am Beispiel des sozialen Drucks (durch Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer usw.) zur Auflockerung der restriktiven Gewerbezulassungspolitik aufzeigen und die erhebliche Liberalisierung, die von solchem Druck ausging. Am Beispiel einer ganzen Reihe von Einzelfällen und Biographien von Kleinunternehmern werden die z.T. weitreichenden Konsequenzen der gelockerten gewerblichen Zulassungspraxis deutlich, die vor der Währungsreform vor allem einen beschäftigungspolitischen Impuls hatten, aber auch überleiteten zu dem durch die Währungsreform kräftig belebten unternehmerischen Gründerboom der Nachkriegszeit. Die Darstellung ist eingebettet in eine Dokumentation der sozialen Notstände, die im Hungerwinter 1946/47 kulminierten. Ein Exkurs exemplifiziert, wie schon erwähnt, den sensationellen Aufstieg des Fürther Radiohändlers Max Grundig zum Chef eines Elektrokonzerns. Das Kapitel schließt mit der Veranschaulichung der wirtschaftlichen und sozialen Wirkung der Währungsreform, die den meisten Deutschen als das Ende der eigentlichen „schweren Zeit“ der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte in Erinnerung geblieben ist.

Niemand kennt besser als der Autor die Unvollständigkeit des Zusammengetragenen. Vieles mußte ausgespart oder konnte nur gestreift werden, weil sich die Quellenlage als unzureichend erwies, andere Forschungsprojekte bereits im Gange waren⁸ und schließlich auch, weil sich die Studie an zeitliche und Umfang-Begrenzungen zu halten hatte. Wichtiger als thematische Vollständigkeit war aber auch das Ziel, bei den behandelten Themen so dicht wie möglich an Motivation, Mentalität und Sozialstruktur der Handelnden und Betroffenen heranzukommen, um auf dem Wege solcher „Geschichte im kleinen“ konkretes Material für ein genaueres, möglichst gerechtes Verständnis der Gesamtgeschichte der Besatzungszeit in der US-Zone zu liefern.

Die Szenerie ist nicht Berlin, Frankfurt oder München, sondern eine kleine mittelfränkische Region um Ansbach und Fürth. Warum gerade diese beiden Städte? Die Beantwortung dieser Frage ergab sich mit wachsender Sicherheit im Laufe des Arbeitsprozesses. Nach etwa einjährigen Recherchen in deutschen Archiven und der Durchsicht der amerikanischen OMGUS-Akten bot sich die Umgebung von Ansbach und Fürth an, weil in kaum einer anderen Region der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone periodische Berichte und Sachakten der verschiedenen deutschen und amerikanischen Stellen in vergleichbarer Dichte und Geschlossenheit vorzuliegen schienen. Eine dreitägige Exkursion nach Mittelfranken, an der neben dem Projektleiter Martin Broszat auch meine beiden Teamkollegen Klaus-Dietmar Henke und Christoph Weisz und als orts- und milieukundige Führerin Renate Neuner teilnahmen, bestätigte diesen Eindruck. Wir konnten damals die Ergiebigkeit der regelmäßigen Monatsberichte der Landräte und Oberbürgermeister, die reichhaltige Überlieferung

⁸ Beispielsweise erscheint 1986 zum sicherlich interessanten Thema „Pressepolitik im Lokalbereich“ eine Studie von Norbert Frei. Clemens Vollnhals, ein Schüler von Friedrich Prinz, steht kurz vor der Fertigstellung einer vom Forschungsprojekt „Politik und Gesellschaft in der US-Zone 1945–1949“ angeregten Arbeit über die evangelische Kirche nach 1945. Andere, hier kaum oder überhaupt nicht berührte Themen werden in einem breit angelegten Sammelband ausführlich behandelt, der von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und dem Verfasser organisiert wurde und 1987 unter dem Titel „Von Stalingrad bis zur Währungsreform“ erscheinen wird.

in Gemeinde- und Pfarrarchiven und die aussagekräftigen Protokolle der monatlichen Besprechungen der Landräte und Oberbürgermeister mit dem Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken prüfen. Außerdem erhielten wir Einblick in die Akten der regionalen Industrie- und Handelskammern und die Dokumente der Spruchkammern, die im Amtsgericht Ansbach verwahrt werden. Schließlich wiesen uns Bürgermeister und Stadtarchivare auf „subjektive“ Quellen wie Tagebücher und Briefe hin oder versprachen zumindest, bei der Suche nach solchen Unterlagen zu helfen. Letzte Sicherheit der „Standortwahl“ entstand aber erst, als wir nach eingehenden Erkundungen der historisch-politischen Topographie erkannten: Die Struktur der ins Auge gefaßten Region weist viele Ähnlichkeiten mit der Gesamtstruktur der amerikanischen Besatzungszone auf und erlaubt es, die Wirkungen der besatzungspolitischen Maßnahmen in drei für die ganze Zone charakteristischen Milieus – in einer konservativen Beamten- und Angestelltenstadt, einem dynamischen Industrie- und Gewerbezentrum und in gemischt-konfessionellen Landgemeinden – darzustellen und miteinander zu vergleichen. Das ausgewählte Gebiet besitzt auch in bezug auf seine Vorgeschichte in der Endphase der Weimarer Republik und im Dritten Reich viele, für die gesamte deutsche Geschichte typische Züge. Man denke etwa an Phänomene wie die schwierige Durchsetzung der NSDAP in einer ausgesprochenen Arbeiterhochburg, das fast mühelose Eindringen der Nationalsozialisten in primär lutherisch geprägte Milieus und die Resistenzkräfte, die sich dort nach einer Phase der Ernüchterung entfalteten, oder die auch hier feststellbare allgemeine Abwendung vom NS-Regime in der zweiten Kriegshälfte, als sich auf den Schlachtfeldern das Blatt zu wenden begann – Phänomene, die hier wie anderswo in der Umbruchszeit nach 1945 auf die Durchführung der Entnazifizierung oder die parteipolitische Entwicklung einwirkten. Mit einiger Sicherheit konnte also zu Beginn der Arbeit angenommen werden, daß die am Beispiel „unserer“ Region herausgearbeitete politisch-gesellschaftliche Zustandsbeschreibung über Mittelfranken hinausgehende Relevanz oder – im Glücksfall – in mancher Hinsicht sogar Repräsentativität beanspruchen durfte.

Die mittelfränkische Region um Ansbach und Fürth liegt am Rande des relativ ähnlich strukturierten mittel- und süddeutschen Gebietsgürtels, dem weite Teile Baden-Württembergs, Bayerns und Hessens zuzurechnen sind. Begrenzt wird diese von vielen Flüssen und Mittelgebirgen geprägte Landschaft im Westen von Rhein und Neckar, im Norden von den Flüssen Fulda und Eder, im Osten von der Linie Coburg-Nürnberg-Regensburg und im Süden von der Donau. Dreierlei ist diesem Gebiet, das mehr als die Hälfte der gesamten US-Zone umfaßte, gemeinsam. Bis zum Ende des Alten Reiches war es in zahlreiche ständische Herrschaftsgebiete aufgeteilt gewesen: Landesherrliche Territorialfürstentümer, geistliche Hochstifte, reichsritterschaftliche Kantone, dazwischen die Enklaven zahlreicher Reichsstädte und -dörfer. Erst die von Napoleon eingeleitete große „Gebietsreform“ hatte diese zersplitterte Struktur beseitigt und einheitlich-zentralistische Flächenstaaten geschaffen wie die Königreiche Bayern und Württemberg sowie die Großherzogtümer Hessen-Darmstadt und Frankfurt. Außerdem handelt es sich bei diesen Landstrichen zwischen Altbayern und dem Industrierevier im Norden um ein Gebiet mit überwiegend evangelischer Bevölkerung, in das freilich das alte Kurmainz sowie die mächtigen Fürstbistümer Würzburg und Bamberg hineinragten und vor allem in Ober- und Mittelfranken, aber auch in Hessen für starke konfessionelle „Unebenheiten“ sorgten. Schließlich war das an Bo-

denschätzen arme und verkehrsmäßig vernachlässigte Gebiet von der im 19. Jahrhundert beginnenden Industrialisierung kaum berührt worden. Lediglich im Umkreis einiger traditioneller Handels- und Messestädte wie Nürnberg, Frankfurt und Stuttgart hatten sich industrielle Zentren mit einer starken Arbeiterschaft herausbilden können. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung aber lebte auf dem Lande oder in den vielen kleinen Residenz-, Amts- und Ackerstädtchen, die Existenz und Charakter meist der Zersplitterung der historischen Herrschaftsverhältnisse verdankten.

Die Stadt *Ansbach* mit ihren ca. 26 000, zu etwa drei Vierteln evangelischen Einwohnern (1939) repräsentiert in dieser historisch-politischen Landschaft den häufig anzutreffenden Typus einer ehemaligen Residenz- und Beamtenstadt⁹. Das etwa 40 Kilometer westlich von Nürnberg im Tal des Flüsschens Rezat gelegene Verwaltungszentrum des bayerischen Regierungsbezirks Mittelfranken kann auch dem heutigen Besucher noch das Flair des 17. und 18. Jahrhunderts vermitteln. Das mächtige Markgrafenschloß, der langgestreckte Bau der Orangerie, die historische Altstadt mit ihren mittelalterlichen Gäßchen, reichgeschmückten Fachwerkgiebeln und Barockfassaden – dies alles ist weitgehend so erhalten geblieben, wie es in der Blütezeit der Stadt unter der Herrschaft der fränkischen Linie der Hohenzollern entstanden ist, die sich das Städtchen an der Rezat zu ihrem Fürstensitz erkoren hatten. 1806 dem Königreich Bayern einverleibt, konnte sich Ansbach ein gewisses Sonderbewußtsein als ehemalige Residenzstadt bewahren, denn nicht das wirtschaftlich aufstrebende Nürnberg, sondern das weit kleinere Ansbach wurde zur Hauptstadt des Rezatkreises erklärt, der 1837 durch königliches Dekret in den Kreis Mittelfranken umbenannt wurde. So blieb Ansbach, wenn schon nicht mehr Sitz eines Fürstentums, doch wenigstens Zentrum eines bayerischen Kreises mit zahlreichen, in den folgenden Jahrzehnten errichteten Ämtern und Behörden: dem Landgericht und Bezirksamt, dem Amtsgericht, einer Reihe weiterführender Schulen und dem Konsistorium der evangelischen Kirche in Franken. Zugleich wurde Ansbach Garnisonstadt; die Stadt pflegte diesen Status so sehr, daß sie noch Anfang dieses Jahrhunderts als „militärfreundlichste Stadt in Bayern“ galt¹⁰.

Hier wie auch in allen anderen ehemals selbständigen Städten und Territorien konnte die Honoratiorenschaft den erzwungenen Anschluß an die größeren Flächenstaaten nicht verwinden. Die Ansbacher Bürger trauerten der „Goldenen Zeit des Hohenzollerngeschlechts“ lange nach. Die Reichsgründung 1870/71 war für sie eine Art der Wiedergutmachung für die bittere Zeit unter bayerischer „Fremdherrschaft“. Man schmückte sich jetzt mit dem Beinamen „Wiege des deutschen Kaiserhauses“; die kleine Erhebung nördlich der Rezat wurde in Kaiserhöhe umbenannt und die natio-

⁹ Zur Geschichte Ansbachs vgl. Adolf Lang, *Aus Ansbachs Geschichte*, in: Ders. (Hrsg.), *Maler und Poeten, Bürger und Markgrafen*, Ansbach 1978, S. 7–12; Fritz Beyerlein, *Ansbach kurz vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken*, Bd. 78, 1959, S. 130–150; Franz Menges (Hrsg.), *Die Ansbacher Jahre des bayerischen Finanzministers Dr. Wilhelm Krausneck. Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1913 bis 1919*, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für Mittelfranken*, Bd. 87, 1973/74, S. 130–210; Hermann Schreibmüller, *Ein Durchblick durch die Geschichte der Stadt Ansbach*, in: *Ansbach. Sonderausgabe der illustrierten bayerischen Monatsschrift „Bayernland“*, München o.J., S. 1–8. Zur Ansbacher Geschichte allgemein vgl. auch Friedrich Vogtherr, *Geschichte der Stadt Ansbach*, Ansbach 1927; Franz Weiser, *Ein Leben für Recht und Wissenschaft. Justizrat Dr. Adolf Bayer zum 75. Geburtstag*, Ansbach 1951; Günther Schuhmann, *Ansbachs älteste Stadtansichten*, in: 1221–1971. *Ansbach – 750 Jahre Stadt. Ein Festbuch*, Ansbach 1971, S. 21–64.

¹⁰ Beyerlein, *Ansbach vor dem Ersten Weltkrieg*, S. 143.

nal gesinnten Stadtväter ließen dort ein weithin sichtbares Bismarck-Denkmal errichten. Lediglich die meist aus München gesandte, überwiegend katholische Beamten-schaft und die traditionsreichen Ulanen galten als königstreu, bei ihnen rangierten Königstag oder Geburtstag des Prinzregenten höher als Kaisers Geburtstag¹¹.

Die anderswo so stürmische industrielle Entwicklung im 19. Jahrhundert war an Ansbach fast gänzlich vorbeigegangen. Das einheimische, früher eng mit dem Fürstenhof verbundene Gewerbe scheute größere Investitionen, die Stadtväter boten auswärtigen Industriebetrieben kaum Anreiz zur Niederlassung in Ansbach. 1939 waren hier nur zwei größere Industriebetriebe ansässig: die Beinwaren- und Galanterieartikelfabrik Matthias Oechsler und Sohn, die etwa 600 Leute beschäftigte, und die Kinderwagen- und Holzwarenfabrik Louis Schmetzer mit 500 Arbeitern¹². Daneben existierten zahlreiche kleine und mittlere Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe, die sich meist seit Jahrzehnten in Familienbesitz befanden. Manche dieser Kleinbetriebe konnten sich nur dank der Daueraufträge der Garnison halten, die den meisten als „Glück für die Stadt“ erschien¹³. Anders als in Augsburg oder Nürnberg war hier nie ein selbstbewußtes Bürgertum entstanden, das den Anspruch erhoben hätte, die Geschicke der Stadt zu bestimmen. Im Ansbacher Bürgertum lebte die alte höfische Untertänigkeit ebenso fort wie bei der zunehmenden Zahl von Beamten und Angestellten. Fast 4000 waren es 1939, die zusammen mit ihren Familienangehörigen, den zahlreichen Rentnern, Pensionären und Beamtenwitwen fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachten und natürlich auch die Atmosphäre der Stadt prägten¹⁴. Jakob Wassermann, der aus dem benachbarten Fürth stammende Schriftsteller und Redakteur des *Simplicissimus*, sah die Enge und Verhocktheit Ansbachs besonders scharf und beschrieb sie 1922 so: „Es weiß der Pfragner, wann der Bäcker seine Stiefeln sohlen läßt; es weiß die Frau Apothekerin, was die Frau Stadtphysikus zu Mittag kocht; es weiß die Jungfer Rettich, um wieviel Uhr der Magister Brunnenwasser vorüberpromenieren wird, um einen Blick von der Jungfer Hesekiel zu erhaschen; es weiß der Kanenwirt, daß es bei Oberbaurats knapp zugeht; es weiß der Altgesell beim Strumpfwirker am Rathaus, daß sich die Schreinerseheleute, die hinterm Zollamt wohnen, beständig in den Haaren liegen. Jeder weiß von jedem alles. Sie können nichts voreinander verbergen. Kein Wort, kein Gedanke, kein Atemzug bleibt geheim. Jeder ist eines jeden Spion. Es ist ein nahes, dichtes, verwickeltes Gewebe von Leben, eins gegen das andere gerissen, eins vom anderen bestimmt und gefärbt; Mauer-an-Mauer, Schwelle-an-Schwelle-sein. Es ist eine kahle, dumpfe, niedrige, deutsche Welt, in der der Einsamste noch den Nachbar über sich, neben sich, unter sich hat.“¹⁵

¹¹ Vgl. Menges, *Die Ansbacher Jahre Wilhelm Krausnecks*, S. 159.

¹² Vgl. Alfred Striemer, *Ansbach. Eine sozialwirtschaftliche Strukturuntersuchung*, Berlin 1939.

¹³ Ebenda, S. 43.

¹⁴ Ebenda, S. 2 f. Striemer fielen 1939 besonders die Pensionäre und Witwen auf, „die ihre täglichen Spaziergänge in der Stadt machen. Hunderte von alten Damen finden sich zu ihren Kaffeekränzle in den Konditoreien und Kaffees zusammen, um in der Welt der Erinnerungen an verschwundene Zeiten ihr Leben zu Ende zu leben.“ Die Statistiken der Berufszählung aus dem Jahre 1939 weisen aus, daß im Stadtkreis Ansbach etwa ein Drittel der ständigen Bevölkerung (24 025) seinen Lebensunterhalt – direkt oder indirekt – mit einer Beschäftigung in Industrie und Handwerk bestritt, ca. 3 500 (davon rund 2 000 Erwerbspersonen) lebten von einer Beschäftigung in der Sparte Handel und Verkehr. Hinzu kamen etwas mehr als 3 800 Beamte und Angestellte – die meisten von ihnen aus den unteren Gehaltsklassen. Vgl. *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts* 74 (1942), Heft 3 und 4, S. 200 f.

¹⁵ Jakob Wassermann, *Oberlins drei Stufen und Sturreganz*, Berlin 1922, S. 254 f.

Wassermann tat den führenden Schichten der Stadt, die ein reges kulturelles Leben pflegten und an nationalliberalem Gedankengut festhielten, gewiß unrecht. Der vorherrschende Menschenschlag in dieser kleinen engen Welt aber war deutschnational-völkisch gesinnt, obrigkeitsgläubig, fast bigott kirchenfromm und Neuerungen gegenüber mißtrauisch. Kein Wunder, daß Ansbach – wie viele andere evangelisch-lutherische Städte – nach Weltkrieg, Revolution und der „Schmach von Versailles“ zunächst überwiegend DNVP wählte und schließlich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen für die vielen Angestellten, Kleinhändler und Handwerker der Stadt bald in das nationalsozialistische Lager überschwenkte. Fest in Kriegervereinen, Bismarck-Ringen und Beamtenvereinigungen verankert, einer ohnehin schwachen SPD weit überlegen, spiegelte das Erscheinungsbild der Ansbacher NSDAP das Milieu der Stadt wider und trug viele Züge eines gemäßigten Nazitums. Ihr erster Mann, der bei der Firma Oechsler und Sohn beschäftigte Angestellte Richard Hänel, verkörperte diesen Typus. Noch als Oberbürgermeister und Kreisleiter blieb er der kleine Angestellte, der den Ausgleich mit der traditionellen nationalliberalen Honoratiorenschaft suchte und kaum je zu den andernorts üblichen brutalen Formen der Abrechnung mit politischen und persönlichen Widersachern griff¹⁶.

Eine ganz andere Entwicklung hatte die an Nürnberg angrenzende, bekannte Industrie- und Handelsstadt *Fürth* hinter sich. Seit dem Mittelalter war die Stadt am Zusammenfluß von Pegnitz und Rednitz Schauplatz eines heftigen Streits dreier Territorialherren um die Vorherrschaft gewesen. Ihre Konflikte galten im 18. Jahrhundert als „Schulbeispiel für die territorialen Kämpfe und die unselige Zersplitterung in Franken und in Deutschland“¹⁷. Sie bescherten der Bevölkerung allerdings auch manche Vorteile, die bald als „Fürther Freiheit“ sprichwörtlich bekannt waren. Viele holländische und französische Emigranten, die man in ihren Heimatländern wegen ihres Glaubens nicht mehr geduldet hatte, konnten im liberalen Fürth ansässig werden. Auch zahlreiche Handwerker aus den umliegenden Reichsstädten ließen sich anlocken, da sie hier in ihrem Gewerbe „straflos schalten und walten“ konnten¹⁸, denn der Streit unter den „drei Herren“ hatte rigorose Zunftzwänge hier gar nicht erst entstehen lassen. Das Klima der Toleranz im „Schmelztiegel“ Fürth zog vor allem jene Juden an, die aus Nürnberg und den anderen umliegenden Reichsstädten vertrieben worden waren. Noch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildeten sie in Fürth die größte jüdische Gemeinde in Bayern¹⁹. 1910 lebten hier neben 46 000 Protestanten und 17 000 Katholiken fast 3 000 meist wohlhabende Juden, die über die Hälfte des Großhandels und fast ein Viertel der industriellen Unternehmungen inne hatten und der Stadt zugleich einen Schuß weltoffener Großbürgerlichkeit verliehen.

¹⁶ Zur NSDAP in Ansbach vgl. Werner Bürger, 1933 in Ansbach, Ms. im Stadtarchiv Ansbach; vgl. auch Rainer Hambrecht, *Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933)*, Nürnberg 1976 und Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 1.

¹⁷ Adolf Schwammberger, *Ein Gang durch die Geschichte Fürths*, in: *Das Bayerland. Illustrierte Halbmonatsschrift für Bayerns Land und Volk*, München 1934, S. 535. Zur Geschichte Fürths vgl. auch Emil Ammon, *Fürth*, Düsseldorf 1984; Fritz Hartung, *Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth von 1792 bis 1806*, Tübingen 1906; Adolf Schwammberger, *Fürth von A bis Z. Ein Geschichtsllexikon*, Fürth o. J.; Hans Mauersberg, *Wirtschaft und Gesellschaft Fürths in neuerer und neuester Zeit. Eine städtegeschichtliche Studie*, Göttingen 1974.

¹⁸ Herbert Wendel, *Die industrielle Entwicklung der Stadt Fürth*, Diss. Erlangen 1926, S. 15.

¹⁹ Vgl. Baruch Z. Ophir/Falk Wiesemann, *Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945*, München/Wien 1979, S. 179–187.

Mit dem Ende der „Dreiherrschaft“ und dem Beginn der Zugehörigkeit zu Bayern (1806) setzte in Fürth eine rapide wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ein, die innerhalb des mittel- und süddeutschen Gebietsgürtels nur mit dem Boom in Augsburg, Nürnberg und Frankfurt zu vergleichen war. Im Zentrum der Stadt, in den engen Gassen zwischen den grauen Sandsteinbauten und verschieferten alten Fachwerkhäusern reihte sich ein Gewerbebetrieb an den anderen. Immer etwas im Schatten der großen, oft beneideten Schwesterstadt Nürnberg stehend, mußten sich die Fürther besonders anstrengen, um wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben. Niemand scherte sich um die Verbote von Kinder- und Frauenarbeit, die Löhne waren niedriger, die Arbeitszeiten länger, der Wettbewerb unter den Gewerbetreibenden härter als in Nürnberg. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm die Bevölkerung sprunghaft zu: von rund 12 000 im Jahr 1815 auf 54 000 Einwohner um 1900²⁰. Aus dem agrarischen Umland, aus Hessen, Sachsen und Thüringen, ja sogar aus dem europäischen Ausland kamen Handwerker und Händler, um in der gewerbereichen Zone eine Existenz zu gründen. Wer auf Selbständigkeit bedacht war, ließ sich eher im klein- und mittelbetrieblich strukturierten Fürth nieder, wo die Chancen, einen eigenen Betrieb eröffnen zu können, ungleich größer waren als im schon großindustriell geprägten Nürnberg, das vor allem billige Arbeitskräfte brauchte. Der Zustrom von unternehmungslustigen Gewerbetreibenden gab der Wirtschaft der Stadt viele neue Impulse und bestimmte ihr soziales Klima: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit schien das Motto der Stadt und ihrer Bewohner zu sein. Jakob Wassermann nannte seinen Geburtsort eine „Stadt des Rußes, der tausend Schlöte, des Maschinen- und Hammergestampfes ... der verbitenen Betriebs- und Erwerbsgier“²¹. Trotz einer beschleunigten Industrialisierung nach der Jahrhundertwende behielt Fürth weitgehend den Charakter eines kleinindustriell-handwerklichen Zentrums bei. Der Schwerpunkt der Produktion lag auf der Herstellung von Spiegeln, Möbeln, Brillen und Spielwaren, die größtenteils auf osteuropäischen und nordamerikanischen Märkten abgesetzt wurden²². Viele dieser innovationsfreudigen und exportorientierten Betriebe hatten kaum mehr als zehn Beschäftigte, nur wenige der insgesamt 5 200 Gewerbebetriebe (1939) beschäftigten mehr als 50 Arbeiter. Außer in Ludwigshafen, Pirmasens und Schweinfurt war 1939 in keiner bayerischen Stadt der Anteil der in Industrie und Handel Beschäftigten so hoch wie in Fürth: über 24 000 der insgesamt 42 000 Erwerbspersonen (Gesamtbevölkerung: 82 000)²³.

²⁰ Zur Bevölkerungsentwicklung in Fürth vgl. Historisches Gemeindeverzeichnis. Die Einwohnerzahlen der Gemeinden Bayerns in der Zeit von 1840 bis 1952, Heft 192 der Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 162 f. Zur Entwicklung des Gewerbes in Fürth vgl. neben Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft, Paul Würsching/Adolf Schwammberger, Fürth eine Industrie- und Handelsstadt, Trautheim über Darmstadt o. J., S. 20 sowie August Jegel, Die wirtschaftliche Entwicklung von Nürnberg-Fürth, Stein und des Nürnberger Raumes seit 1806, Nürnberg 1952; Wirtschaftsraum Mittelfranken. Gestern – heute – morgen. Eine Dokumentation der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Nürnberg 1965, S. 46–55.

²¹ Jakob Wassermann, Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1922, S. 19.

²² Vgl. dazu vor allem Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 137–150 und Würsching/Schwammberger, Fürth eine Industrie- und Handelsstadt, passim.

²³ Daneben waren 8652 in Handel und Verkehr, 6238 im öffentlichen Dienst und privatem Dienstleistungsgewerbe und nur 1263 in der Land- und Forstwirtschaft tätig. 7675 bezeichneten sich als selbständige Berufslose. Aufgeschlüsselt nach dem sozialen Stand bedeutete das: 24 927 Arbeiter, 7210 Angestellte, 3276 Beamte, 4661 Selbständige und 1733 mithelfende Familienangehörige. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 74 (1942), S. 200 f.

Die gewerbereiche Stadt mit dem hohen Arbeiteranteil hatte schon um die Jahrhundertwende zu den wenigen sozialdemokratischen Hochburgen im süd- und miteldeutschen Gebiet gehört²⁴. Die politischen Lehrjahre vieler Funktionäre in Vereinen und Verbänden, die Verankerung der meisten Mitglieder in handwerklichen Berufen und die Dominanz der SPD im Stadtrat, wo sie häufig mit der alten liberalen Honoratiorenschaft zusammenarbeitete, hielten die meisten Fürther Sozialdemokraten von radikalen Formen des kämpferischen Einsatzes fern. Die Fürther SPD war und blieb eine Partei der zwar „kleinen, aber gestandenen Leute“²⁵; selbstbewußt, maßvoll in ihren Forderungen, war sie mit großer Scheu vor Streiks und viel Sinn für praktische Politik ausgestattet. Sie stand so den gemäßigten südbayerischen Sozialdemokraten eines Georg von Vollmar näher als ihren Genossen in Nürnberg, wo – ebenso wie in den industriellen Zentren Oberfrankens – „rasch eine starke ‚linke‘ Tradition maßgeblich“ geworden war²⁶. Fast tatenlos sahen die Fürther Sozialdemokraten zu, wie ihre Wählerschaft sich in der Weltwirtschaftskrise mehr und mehr der KPD, vor allem aber der NSDAP zuwandte, die in der Juliwahl von 1932 die SPD hinter sich lassen konnte. Von ganz anderem Zuschnitt als die Ansbacher Naziprominenz, schreckte die überwiegend aus Arbeitslosen und kleinen Angestellten zusammengesetzte Fürther NS-Führung vor einem brutalen Einsatz ihrer Macht nicht zurück. Ihre beiden prominentesten Vertreter, Albert Forster und Franz Jakob, erlangten später traurige Berühmtheit: Jakob als treibende Kraft bei der Reichskristallnacht in Fürth und Oberbürgermeister im westpreußischen Thorn, Forster als brutaler Gauleiter von Danzig und Westpreußen, der 1948 von einem polnischen Gerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden zum Tod durch Erhängen verurteilt wurde²⁷. Die NSDAP hatte im sozialistischen Milieu der Stadt bis 1930 ein Schatten-dasein geführt und war allgemein als kuriose Rabaukenpartei betrachtet worden, die von der übermächtigen SPD und den starken, vor allem von der jüdischen Bevölkerung unterstützten Liberalen leicht in Schach gehalten werden konnte. Als sich nach der Machtergreifung das Blatt vollends gewendet hatte, entlud sich der lange angestaute Haß auf das sozialdemokratische und liberale Establishment der Stadt in einer Reihe von schlimmen Ausschreitungen. Weit härter traf es freilich die Kommunisten, die sich vor 1933 zahlreiche Gefechte mit den Nationalsozialisten geliefert hatten und sich nun regelrechten Rachefeldzügen ausgesetzt sahen²⁸.

²⁴ Zur Entwicklung der SPD in Fürth vgl. Walter Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Diss. Erlangen-Nürnberg 1965 sowie die im Kapitel über den Wiederaufbau der politischen Parteien zitierten Festschriften (siehe S. 172).

²⁵ Hartmut Mehringer, Bemerkungen zum Wandel der SPD in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Sozialdemokratie, in: Karl-Heinz Ruffmann/Helmut Altrichter (Hrsg.), ‚Modernisierung‘ versus ‚Sozialismus‘. Formen und Strategien sozialen Wandels im 20. Jahrhundert, Erlangen 1983, S. 174.

²⁶ Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München/Wien 1983, S. 310.

²⁷ Zu Jakob und Forster vgl. Stadtarchiv Fürth, Fach 130, Nr. 71; Nordbayerische Zeitung vom 16. Februar 1951 und 30. Mai 1952; Fürther Nachrichten vom 7., 10., 14., 17., 21. und 28. April 1948 und 28. Mai 1949.

²⁸ Zur Machtergreifung in Fürth und den anschließenden Ereignissen vgl. Heinrich Strauß, Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung, Nürnberg 1980, S. 394–403 und Adele Sischa, Die Gleichschaltung in Fürth 1933/34, in: Fürther Heimatblätter 32 (1982), S. 61–79.

Das agrarische Umland der beiden Städte – die 1862 entstandenen und bis zur bayerischen Gebietsreform über hundert Jahre später fast unverändert gebliebenen *Landkreise Ansbach und Fürth* – repräsentiert den dritten sozialstrukturellen Typus innerhalb des süd- und mitteldeutschen Gebietsgürtels. Der größte Teil der beiden Landkreise, die sich vom Westrand Nürnbergs bis nahe an die Grenze Württembergs erstreckten, hatte bis zum 19. Jahrhundert zum Herrschaftsgebiet der protestantischen Markgrafen von Ansbach gehört. Über das ganze Gebiet verstreut fanden sich aber kleinere reichsstädtisch-nürnbergische und markgräfllich-bayreuthische Territorien, eine winzige Enklave des katholischen Deutschen Ordens sowie einige Besitztümer des Bischofs von Bamberg, die die konfessionelle Struktur der beiden Landkreise bis ins 20. Jahrhundert bestimmten²⁹. In 96 von zusammen 116 Gemeinden der beiden Landkreise zählte man 1939 mehr als 90 Prozent und in weiteren 14 Gemeinden über 75 Prozent evangelische Einwohner. Bischöflicher Einfluß hatte sich vor allem im Ostzipfel des Landkreises Ansbach und in der Gegend von Oberasbach (Landkreis Fürth) entfalten können. Nur in drei Gemeinden überwogen die Katholiken: in Veitsaurach (90 Prozent römisch-katholisch) und in den beiden ehemaligen Deutschordensgemeinden Virnsberg (95 Prozent) und Sondernohe (100 Prozent)³⁰.

Wie viele umliegenden fränkischen Landkreise, aber auch weite Gebiete Nordwürttembergs und Hessens hatte der große Landkreis Ansbach (82 Gemeinden) nur „einen äußerst dürtigen Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung“ seit dem 19. Jahrhundert gefunden³¹. Zwischen 1890 und 1939 stieg die Zahl der Einwohner nur geringfügig an (von 32 000 auf 37 000). Wie einst lebte die Bevölkerung in den winzigen Bauerndörfern und Marktflecken fast ausschließlich von der Landwirtschaft; in den zwanziger und dreißiger Jahren gab es hier rund 4 600 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, etwa 950 Handwerksbetriebe und nicht ein einziges Industrieunternehmen³². Große Höfe und Güter waren in der von vielen Tälern durchschnittenen Ge-

²⁹ Zur Geschichte der beiden Landkreise vgl. Ernst Eichhorn, *Land der Begegnung: Landkreis Fürth*, in: *Landkreis Fürth. Bayerland. Der illustrierte Zeitspiegel*, München o.J., S. 4–10; Helmut Mahr, *Spaziergang durch Kunst und Geschichte*, in: Ebenda, S. 12–20; Konrad Rosenhauer, *Aus der Geschichte des Landkreises Ansbach*, in: *Der Landkreis Ansbach, Vergangenheit und Gegenwart*, Aßling-Pörsdorf 1964, S. 9–15; Adolf Traunfelder, *Herkommen, Sitte und Brauch im Landkreis Ansbach*, in: Ebenda, S. 214–224; *Unser Landkreis Ansbach*, herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Landkreis Ansbach, München o.J.; Gottlieb Hüttinger, *Ansbach und die landwirtschaftliche Produktion*, in: *Ansbach. Sonderausgabe der illustrierten bayerischen Monatsschrift Bayerland*, München o.J., S. 38–40.

³⁰ Vgl. *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts* 73 (1941), S. 81 ff.

³¹ *Unser Landkreis Ansbach*, S. 62.

³² Von den rund 20 500 Erwerbspersonen (ohne die 4 144 selbständigen Berufslosen) waren mit 13 859 Personen mehr als zwei Drittel in der Land- und Forstwirtschaft tätig – darunter auch über 2 000 ständig beschäftigte Knechte, Mägde und Tagelöhner sowie rund 500 Saison- und Wanderarbeiter, die sich während der Erntezeit auf den wenigen größeren Höfen verdingten. Hinzu kamen noch etwa 1 600 Beamte und Angestellte, die nach Ansbach pendelten, und rund 3 800 nicht in der Landwirtschaft tätige Arbeiter, die im Handwerk (vor allem als Maurer) oder im kaufmännischen Gewerbe ihren Broterwerb fanden. Viele von ihnen bewirtschafteten nach Feierabend noch einige Tagwerk Grund, auf denen sie einige Kühe und Schweine hielten. Vgl. *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts* 58 (1926), S. 17 und 27; ebenda 73 (1941), S. 138 f.; ebenda 74 (1942), S. 200 ff.

gend selten³³. Kleine und mittlere, meist aus gelblich-rötlichem Burgsandstein erbaute, in die Landschaft geduckte Höfe bestimmten das Bild. Reich konnte hier keiner werden, denn die mit dünnen Kiefern bestandenen Hügel der Frankenhöhe eigneten sich gerade noch für die Viehwirtschaft. Nur in den breitsohligen Talauen mit den mergelig-tonigen oder leichten sandigen Böden, die im Frühjahr wegen der gefällsschwachen Flüsse und Bäche oft unter Wasser standen, wurden Winterroggen und -weizen, Sommergerste und Kartoffeln angebaut³⁴. Die Erträge waren oft sehr gering, viele Bauern mußten sich deshalb nach einer Heimarbeit umsehen oder gingen in die Stadt. „Es gibt hier erstaunlich ärmliche landwirtschaftliche Betriebe“, schrieb 1939 ein Vertreter des Lehrstuhls für Siedlungswesen, Raumordnung und Städtebau der Technischen Hochschule Berlins über den Landkreis Ansbach. „Mangel an Sauberkeit, viele Betriebe sind zu klein, um Erträge bringen zu können! Bevölkerung an sich sehr sparsam und anspruchslos. Besichtigte Erbhöfe hatten noch nicht einmal eine gute Lampe, sondern nur offene alte Karbidlampen, und erschreckend schlechtes Mobiliar, nicht einmal richtige Betten, die für die Kinder zu klein sind.“³⁵ Der Landkreis Fürth (1939: 35 000 Einwohner) unterschied sich kaum vom Landkreis Ansbach. Allerdings hatten sich hier seit der Jahrhundertwende einige Bauerndörfer zu industriellen Subzentren oder „Schlaf“-Stätten des nahen Ballungsgebietes Nürnberg-Fürth verändert: Stadeln beispielsweise, wo die Dynamit Nobel AG eine Zweigniederlassung hatte, das westlich an Fürth angrenzende Zirndorf mit einigen größeren metallverarbeitenden Unternehmen und die zehn Kilometer südlich von Fürth gelegene Gemeinde Oberasbach mit ihrer ausgedehnten Eigenheimkolonie, die in den zwanziger Jahren von Arbeitern der Nürnberger MAN- und Schuckert-Werke gebaut worden war³⁶.

Abgesehen von diesen schnell wachsenden Siedlungen war in allen übrigen Gemeinden der beiden Landkreise die traditionelle ländliche Verfassung noch weitgehend intakt geblieben, der gewohnte Gang des provinziellen Lebens noch kaum unterbrochen. Doch ließ es sich nicht übersehen, daß die bodenständige bäuerliche Bevölkerung nach dem Ersten Weltkrieg zum politischen Leben „erwacht“ war. Früher hatte man in der mittelfränkischen Provinz wenig davon gewußt, was in den politischen Zentren Berlin oder München gerade auf der Tagesordnung stand. Die Zeitungen waren eher unpolitische Amtsblätter mit lokalem Anzeigenteil gewesen, die auch außerhalb der arbeitsreichen Erntezeit kaum jemand las. Nach dem nationalen Kriegserlebnis von 1918/19, das viele Bauernsöhne und Landarbeiter mit der „großen Welt“ von Politik und Gesellschaft bekannt gemacht hatte, und dem Umsturz von 1918

³³ Betriebsgrößen der landwirtschaftlichen Betriebe in den Landkreisen Ansbach und Fürth in Prozent und absoluten Zahlen:

	Ansbach	Fürth
unter 5 ha	32,9 = 1539	37,1 = 961
5 bis 20 ha	51,1 = 2395	49,3 = 1279
20 bis 100 ha	15,6 = 732	13,5 = 349
über 100 ha	0,4 = 18	0,1 = 3

³⁴ Vgl. Bayern in Zahlen. Monatshefte des Bayerischen Statistischen Landesamts 21 (Januar 1967), S. 2 und Hüttinger, Ansbach und die landwirtschaftliche Produktion, S. 38–40.

³⁵ Strierner, Ansbach, S. 35.

³⁶ Vgl. Wirtschaftsraum Mittelfranken, S. 46 ff.; Franz Knebel, Die Chronik der Gemeinde Oberasbach, in: Rathaus Oberasbach.

kreisten die Gespräche an den Stammtischen nicht mehr allein um Ernteerträge und Viehpreise. Jetzt debattierten die überwiegend evangelisch-kirchenfrommen Bauern über Versailles, die Sozis und die Katholiken der BVP, die jetzt in Berlin und München den Ton angaben, oder über die Zügellosigkeit in den größeren Städten. Die in ihren ostelbischen Kerngebieten großagrarische DNVP vermochte dieser spezifischen Stimmungslage des evangelischen Kleinbauernums in Franken zwar nicht in vollem Maße Ausdruck zu verleihen, stand den meisten Bauern aber als evangelischer Gegenpart zur BVP am nächsten, ehe dann ab 1930 die NSDAP fast alle Stimmen auf sich ziehen konnte. Lediglich in den wenigen katholischen Enklaven konnte die BVP noch 1933 stattliche Mehrheiten erringen³⁷.

Als im Winter 1980/81 mit den Arbeiten zu diesem Buch begonnen wurde, kannte ich Ansbach und Fürth aus der Literatur recht gut, war aber, abgesehen von der dreitägigen Exkursion, noch nie in den beiden Städten gewesen. Nach den ersten Archiv- und Befragungsreisen nach Ansbach ergab sich der Eindruck: Wassermann hat recht. Die Sprödigkeit der Archivare und Behördenchefs gegenüber dem fremden Historiker, die große Zurückhaltung in den ersten Interviews, die Enge und Introvertiertheit der Stadt erschienen eher abweisend. Ganz anders hingegen die erste Begegnung mit Fürth: Der Oberbürgermeister gewährte nach einem längeren entspannten Gespräch Einsicht in die Akten der Stadtverwaltung, die damals noch unter dem Dach des Rathauses aufbewahrt waren. Der ehemalige SPD-Stadtrat Otto Gellinger empfing die Projektgruppe in seinem Haus und hatte zu dem Gespräch mit den Münchener Wissenschaftlern alte Genossen eingeladen, darunter Konrad Grünbaum, der dann auch später häufig mit Informationen und Ratschlägen weiterhalf. Ein freundlicher Stadtbeamter zeigte mir den alten jüdischen Friedhof und erzählte bei einem Rundgang durch die Stadt von den neuesten Sanierungsarbeiten im alten Zentrum. Ansbach erschien verschlossen, Fürth aufgeschlossen und insofern als Szenerie eine bessere Wahl.

Zwischen 1981 und 1984 verbrachte ich etwa 70 Tage in Ansbach und Fürth. Meine Kollegen Christoph Boyer, Klaus-Dietmar Henke und anfangs auch Christoph Weisz begleiteten mich zuweilen und halfen, die riesigen Aktenberge in den Stadtarchiven, Landkreis- und Stadtverwaltungen sowie im Staatsarchiv Nürnberg und im dortigen Landeskirchlichen Archiv abzutragen. Mehr als 50 Personen wurden befragt, einige mehrmals und oft stundenlang. Mit etwa 50 weiteren konnten – die strengen Oral-Historiker werden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen – Telefoninterviews geführt werden. Dabei verschob sich im Laufe der Zeit der erste Eindruck auf unvorhergesehene Weise: Ansbach wurde mehr und mehr vertraut, und es zeigte sich immer deutlicher, daß sich dieses Kleinstadtmilieu für die Erforschung der „Interdependenz von Gesellschaft und Politik“ noch besser eignete als das größere Fürth, das mir sympathisch, aber auch etwas fremd blieb. Ich erfuhr es nun selbst: In Ansbach kennt man sich, man weiß übereinander Bescheid. In Fürth dagegen herrscht fast schon die Anonymität der Großstadt, sogar alte Sozialdemokraten und Kommunisten haben den Kontakt miteinander verloren, der freilich wohl auch nie so eng war, wie der Zusammenhalt der Ansbacher Genossen. Nachdem das Eis gebrochen war, stellte

³⁷ Zu den Wahlergebnissen vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 65 (1933), S. 96 f. und 324 f. sowie Fränkische Zeitung vom 6. März 1933; Fürther Tagblatt vom 6. März 1933. Siehe auch S. 210.

sich langsam auch heraus, daß viele Ansbacher sehr gesprächsbereit waren. Schließlich kam es so weit, daß ich von einem zum anderen weiterempfohlen wurde und gar nicht mehr allen Empfehlungen nachkommen konnte.

Daß Ansbach in der Fallstudie mehr in den Vordergrund trat, hatte seinen Grund aber auch darin, daß uns das dortige Amtsgericht freundlicherweise Einsicht in die Akten der Spruchkammern Ansbach-Stadt und -Land gewährte, die nicht nur für das Kapitel über die politische Säuberung, sondern für die gesamte Studie von unschätzbarem Wert waren. Kaum je, so scheint es mir, ist über das Dritte Reich so viel geschrieben worden, wie für die Spruchkammer in den Jahren 1946 bis 1948: Belastungsschreiben, Persilscheine, Anklageschriften, Ermittlungsberichte, die sonst kaum irgendwo vorhandene Informationen über die vor und nach 1945 handelnden Personen enthalten³⁸. In jedem Dorf entstanden ganze Bände, die noch heute weitgehend unentdeckt in Kellern und auf Dachböden der Amtsgerichte liegen – Bände, die keineswegs nur ein Bild der Persilscheinkumpanei ergeben, sondern auch über die Verstrickungen vieler in das NS-Regime und über zahlreiche Fälle respektabler Immunität gegenüber den nationalsozialistischen Verführungen Aufschluß geben.

Dieses Buch entstand im Rahmen des von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte „Politik und Gesellschaft in der US-Zone 1945–1949“³⁹. Fünf Jahre liegen zwischen Beginn und Abschluß der Arbeiten – fünf Jahre, in denen ich von vielen Seiten unentbehrliche Hilfe und Unterstützung erfahren habe, für die ich nicht genug dankbar sein kann. Mein Dank richtet sich an die staatlichen Archive Bayerns für die ausgezeichnete Betreuung, an die Sachbearbeiter der Stadtarchive Ansbach und Fürth – namentlich an die Herren Klaus-Peter Ulmer und Werner Bürger, die mich ein ums andere Mal mit zuverlässigen Informationen versorgten –, die Registraturbeamten der Landratsämter und Stadtverwaltungen in Ansbach und Fürth, die so oft unbürokratisch halfen, und an die freundlichen Mitarbeiter des Amtsgerichts Ansbach. Besonders zu danken habe ich den vielen Zeitzeugen, deren Erzählungen mir oft neue Einblicke eröffnet haben; ihr Interesse an meiner Arbeit hat mich stets angespornt. Unermüdliche Schreibhilfe im Institut für Zeitgeschichte leistete vor allem Irmgard Kaiser, Gabriele Jaroschka half zuverlässig bei den Korrekturen. Ihnen gilt mein Dank ebenso wie den Freunden und Kollegen, die im Laufe der Jahre mit mir über meine Arbeit diskutierten. Christoph Boyer, Günter Plum und Christoph Weisz haben einzelne Kapitel gelesen und mit wertvollen Anregungen nicht gespart. Der Leiter des Forschungsprojekts, Martin Broszat, hat viel Mühe darauf verwandt, die verschiedenen Fassungen der Kapitel eingehend mit mir zu besprechen; dafür und für die noble Großzügigkeit, mit der er das Projekt betreut

³⁸ Die nach Namen abgelegten Akten aus den Registraturen S der Amtsgerichte Ansbach und München werden in Absprache mit den beiden Amtsgerichten durchgängig nicht mit ihren eigentlichen Signaturen zitiert. Sie sind jeweils mit verschlüsselten Angaben versehen (im Fall Ansbach Nr. 1–59, im Fall München Nr. 1–5), deren Auflösung für wissenschaftlich Interessierte im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte sowie beim Verfasser zu erhalten ist. Aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes wurden außerdem zahlreiche Namen anonymisiert; sie sind im Text durch Kursivdruck kenntlich gemacht.

³⁹ Vgl. die Notiz über das Projekt von Martin Broszat, in: VfZ 28 (1980), S. 289 ff. und die Kurzbeschreibung, die zugleich Aufschluß über die weiteren geplanten Projektveröffentlichungen gibt, von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1983, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984, S. 50–53.

hat, will ich mich bedanken. Das gesamte Manuskript durfte ich Hermann Graml zu lesen geben; seinen Anregungen bin ich gerne gefolgt. Besonders dankbar bleibe ich meinem Freund Klaus-Dietmar Henke, der starkes Interesse an meinem Buch nahm. Unsere jahrelange enge Zusammenarbeit war für mich von großem wissenschaftlichen Gewinn, menschlich eine Wohltat. Wie sehr ich schließlich meiner Frau Hedi Straub-Woller für ihre Art der Hilfe dankbar bin, will ich ihr lieber privat sagen.

I. Weimar, NS-Zeit, Krieg: Erfahrungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung vor 1945

Im Frühjahr 1945 leben in der mittelfränkischen Provinz um Ansbach und Fürth etwa 200 000 Menschen. Es sind Junge und Alte, Arbeiter, Handwerker und Industrielle, kaum noch begeisterte Nationalsozialisten und noch immer überzeugte „Sozis“, gläubige Protestanten und Katholiken, Fremdarbeiter aus den von Deutschland besetzten Ländern, deutsche Evakuierte und Flüchtlinge aus allen Teilen des Reiches – viele zehntausend Einzelschicksale. Der Historiker, der sich vornimmt, von den politischen Erfahrungen und vom früheren Verhalten dieser Menschen zu erzählen, wird den strengen Regeln seines Faches nicht immer folgen können und sich auch auf Intuition und Imagination verlassen müssen.

Die Bevölkerung von Ansbach steht im Frühjahr 1945 ganz unter dem Eindruck der verheerenden Luftangriffe vom 22./23. Februar 1945. Noch vier Jahrzehnte später erinnern sich viele der älteren Menschen an diese beiden Tage, manche wissen noch vierzig Jahre später die genaue Uhrzeit, an der die Katastrophe begann. Sie berichteten: Der 22. Februar 1945 war ein klarer sonniger Tag, um die Mittagszeit wurden 10 Grad Celsius gemessen. Es herrschte Tauwetter, das Frühjahr war nicht mehr weit. Um ½12 Uhr mittags heulten die Sirenen: Luftalarm, wie so oft in diesen entnervenden Tagen und Wochen vor dem Einmarsch der Amerikaner. Obgleich man aus Erzählungen der Bombengeschädigten von den grauenhaften Verwüstungen bei Luftangriffen wußte, suchten nur wenige die Luftschutzbunker auf, denn Ansbach waren Fliegerangriffe bisher erspart geblieben, und niemand dachte ernstlich daran, daß das industriell unbedeutende Städtchen an der Rezat von den alliierten Bombern heimgesucht werden könnte¹. „Die fliegen herum, als wären sie hier zu Hause“, meinte eine Hausfrau an diesem 22. Februar mit besorgtem Blick auf die Formationen viermotoriger „Fliegender Festungen“, die ihre Bahn durch den strahlend blauen Himmel zogen².

Sie gehörten zur gigantischen Luftflotte der Alliierten, die an diesem Tag über beinahe ganz Deutschland ihre Operation „Clarion“ begann. Im Rechenschaftsbericht des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte wurde die Operation später wie folgt beschrieben: „Nahezu 9000 Flugzeuge nahmen von England, Frankreich, Holland, Belgien und Italien aus teil an diesem gigantischen Angriff, der Objekte in einem Gebiet von einem ‚quarter of a million square miles‘ betraf – einem Gebiet, das von Emden bis Berlin, Dresden, Wien und Mühlhausen reicht. Ziel war, zweitrangige

¹ Zur Situation in Ansbach 1945 vgl. Lang, Ansbach 1945, S. 64–69. Mündliche Mitteilungen von Adolf Lang vom 4. Januar 1985, Wilhelm Eichhorn vom 21. Januar 1985 und Friedrich Laubinger vom 21. Januar 1985.

² Vgl. dazu eine Reportage in der Fränkischen Landeszeitung vom 20. Februar 1970.

Kommunikationseinrichtungen wie Eisenbahnsignale, Bahnübergänge, Kanalschleusen und Kreuzungen anzugreifen, um die wachsenden Schwierigkeiten weiter zu verschärfen, denen die Deutschen bei der Offenhaltung ihrer Versorgungswege begegneten.“³ Geschwader um Geschwader zog in großer Höhe vorüber. Die meisten Ansbacher fühlten sich dennoch sicher und schlossen aus vorangegangenen Erfahrungen: Die Bomber laden ihr „Zeug“ in München oder Nürnberg ab⁴. Doch plötzlich wendet ein Bomberverband und nimmt von Osten her Kurs auf Ansbach. Um 12.10 Uhr fallen die ersten Bomben. Ein unheimliches Zischen und Pfeifen erfüllt die eben noch friedliche Atmosphäre. Es kracht, dröhnt und splittert. Die Barockhäuser in der Karolinenstraße sinken in sich zusammen, Menschen laufen durcheinander, suchen Zuflucht. Entlang der Bahnlinie steht die Stadt in Flammen, riesige Rauchsäulen und Qualmwolken steigen auf⁵. Erst jetzt hat der Zweite Weltkrieg Ansbach wirklich erreicht. Die Bombenangst, die man bisher nur aus Erzählungen kannte, läßt in den nächsten zwei Monaten keinen mehr los.

Nach etwa zehn Minuten drehen die „Fliegenden Festungen“ ab, doch um die Mittagszeit des nächsten Tages kommen sie wieder. Länger als eine halbe Stunde sind sie über der Stadt. Mehr als tausend Bomben fallen in diesen zwei schrecklichen Tagen auf Ansbach. Das Bahnhofsviertel ist fast völlig zerstört. Ein Augenzeuge berichtet: „Personenwagen standen senkrecht in die Höhe ... Güterwagen lagen schwerbeschädigt übereinander ... Gleisstücke waren weit weg'gefliegen' ... Eine Weiche war auf ein Haus in der Nähe geschleudert worden.“⁶ Ansbach hat „nach Hamm in Westfalen den schwerstzerstörten Bahnhof ganz Deutschlands“, erklärt später ein Reichsbahnbeamter⁷. Auch der Stadtfriedhof ist wie umgepflügt. Ein grauererregender Anblick: Leichenteile liegen umher, in den Bäumen entlang der Triesdorferstraße hängen Sargtrümmer. Noch Tage später werden Überlebende aus den Trümmern geborgen. 450 Menschen finden am 22./23. Februar 1945 den Tod, ebensoviele werden verletzt. Rund 30 Prozent des Ansbacher Wohnungsbestandes sind in Mitleidenschaft gezogen, etwa fünf Prozent total zerstört⁸.

Einen so verheerenden Luftangriff brauchte die Bevölkerung von Fürth nicht zu erleiden. Am 23. Februar 1945 hatte sie aber bereits elf Luftangriffe hinter sich, vier liegen noch vor ihr⁹. Schon seit 1942 wollte die Kette der Alarmer nicht mehr abreißen, die zwar meist Angriffe auf das benachbarte Nürnberg ankündigten, aber auch die Menschen in Fürth jedesmal wieder in Angst und Schrecken versetzten. Die schwersten Bombenangriffe erlebte die gewerbereiche Stadt mit ihren zahlreichen, jetzt meist für die Rüstungswirtschaft arbeitenden Industriebetrieben in der Nacht vom 8. auf

³ Report of the Supreme Commander of the Combined Chiefs of Staff on the Operations in Europe of the Allied Expeditionary Force, 6 June 1944 to 8 May 1945, Washington 1946, S.94. Die englischsprachigen Zitate aus amerikanischen Quellen werden hier, wie in fast allen übrigen Fällen, ins Deutsche übersetzt. In den Anmerkungen bleiben dagegen die Zitate aus den amerikanischen Dokumenten in der Originalsprache erhalten.

⁴ Vgl. Fränkische Landeszeitung vom 22. Februar 1950, 6., 20., 22. und 23. Februar 1965, 21. Februar 1970 und 22. Februar 1978.

⁵ Ebenda.

⁶ Fränkische Landeszeitung vom 22. Februar 1950.

⁷ Lang, Ansbach 1945, S.6.

⁸ Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S.400f.

⁹ Zu den Luftangriffen auf Fürth vgl. Adolf Schwammberger, Fürth von A bis Z, S.405. Vgl. auch Emil Ammon, Fürth, S.85, 91.

den 9. März 1943 und am 25. Februar 1944. Beide Angriffe galten vornehmlich den Dynamit Nobel Werken, die Infanteriemunition, elektrische Zünder und Sprengnieten für die Flugzeugindustrie herstellten, und einer Flugzeugfabrik. Über den Luftangriff vom 25. Februar schrieb der Regierungspräsident: „Gegen Ende des Monats (Februar) steigerte sich der Luftkrieg immer mehr, an manchen Tagen war zwei- oder sogar dreimal Fliegeralarm ... Das Ziel des Feindes ist offenbar, die Bevölkerung nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen und die Produktion zu stören ... Am 25. Februar traf zwischen 13 Uhr 49 und 14 Uhr 18 ein schwerer Angriff die *Stadt Fürth* mit Schwerpunkt Flugzeugfabrik Bachmann, v. Blumenthal und Co. Diese erlitt schwere Schäden. Es wurde eine Anzahl Hallen total oder teilweise zerstört. Auch 23 Flugzeuge gingen verloren. Besonders schmerzlich ist der Verlust von 54 besten Fachkräften. In der Stadt wurden 30 Häuser total zerstört, 100 schwer beschädigt ... Die Wasserleitung wurde so beschädigt, daß mehrere Stadtviertel zeitweise kein Wasser hatten.“¹⁰ Insgesamt starben am 25. Februar 1944 fast 200 Menschen unter dem Bombenhagel der Royal Air Force. Trotzdem konnte man in Fürth von Glück sagen, daß die alliierten Bomber nicht ähnliche Schäden anrichteten, wie in einigen anderen nordbayerischen Städten: Von den 8200 Gebäuden der Stadt waren bei Kriegsende nur etwa 800 schwer oder total zerstört. Im benachbarten Nürnberg dagegen fielen 50 Prozent des Wohnungsbestandes den Bomben zum Opfer, in Würzburg waren drei von vier Wohnungen unbewohnbar¹¹. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren gehörten dort Ruinen zum Stadtbild, in Fürth hingegen waren die Schäden bald wieder behoben.

Fünf Jahre nach dem Luftangriff vom 22./23. Februar 1945 veröffentlichte die Fränkische Landeszeitung eine Liste mit den Namen der Opfer¹². Im Ansbacher Bahnhofsviertel gab es fast keine Familie, die nicht den Tod eines Angehörigen zu beklagen gehabt hätte. Auf der Liste der 450 Toten erschienen auch viele fremdklingende, längst vergessene oder nie gekannte Namen: Wera Bukajenko, Wala Nikolajewa, Jean Frugier, Anny Bourgevis ... Es sind die Namen von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern, die nach Kriegsbeginn zu Tausenden und Abertausenden in die mittelfränkische Provinz gekommen waren. Bei Kriegsende waren allein in Ansbach und Umgebung ca. 6500 Fremdarbeiter und Kriegsgefangene untergebracht, im Stadt- und Landkreis Fürth fast 10000¹³. Der Feind steht ja schon im Lande, sagten sich viele Menschen, die den Fremdländischen zunehmend mehr mißtrauten und in ihnen eine ernste Gefahr für Leib und Leben erblickten. In den vorangegangenen Kriegsjahren war ihr Eintreffen fast einhellig begrüßt worden, erwartete man von ihrem Einsatz doch eine Entlastung des angespannten Arbeitsmarktes. In Rüstungsbetrieben wie Dynamit Nobel in Fürth und in der Landwirtschaft konnten die ausländischen Arbeitskräfte tatsächlich viele Lücken schließen, die sich durch die zahlreichen Einberufungen ergeben hatten. Ernsthafte Auseinandersetzungen mit den Polen, Russen und Franzosen waren zunächst selten; Gestapo und NSDAP sahen sich sogar häufig ge-

¹⁰ RegPräs an bay. Staatsregierung, 8. März 1944, in: BayHStA, MA 106 696.

¹¹ Vgl. Statistisches Jahrbuch in Bayern 1947, S. 400f.

¹² Die Liste der Opfer ist veröffentlicht in: Fränkische Landeszeitung vom 22. Februar 1950.

¹³ Vgl. Annual Hist. Rep., Det. Fürth, 20. Juni 1946, in: NA, RG 260, 10/81–1/5; Annual Hist. Rep., Det. Ansbach, 1. September 1946, in: NA, RG 260, 10/80–3/6.

zwungen, vor einem allzu engen Verhältnis zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Fremdarbeitern zu warnen¹⁴. Nach der Katastrophe von Stalingrad und erst recht nach der Landung alliierter Truppen in der Normandie aber schlug die Stimmung um. Auf vielen Höfen waren Fremdarbeiter die einzigen Männer, in den Städten standen sie oft bis spät in die Nacht auf den Straßen herum. Wer sollte sie im Zaum halten, wenn sie sich erhoben? Die Polizei oder die schlecht ausgerüstete, zu meist aus alten Männern bestehende Landwehr gewiß nicht. Durch zahlreiche Gerüchte und Berichte erhielten die Befürchtungen, die Fremdarbeiter könnten als Saboteure und Partisanen eine „innere Front“ errichten, immer wieder Nahrung. Gegen Kriegsende häuften sich die Anzeigen bei Partei- und Polizeistellen über Fremdarbeiter, die ihren „Arbeitgebern“ angekündigt hätten, der Tag der Abrechnung sei nahe und bald würden sie „die Herren und die Arbeitgeber die Knechte“ sein¹⁵. In Fürth war schon im Januar 1943 bekannt geworden, daß „unter den Ostarbeiterinnen eines größeren Lebensmittelbetriebes ein Komplott aufgedeckt“ worden sei¹⁶. Im April war durchgedrungen, die Sicherheitspolizei habe – ebenfalls in Fürth – ein „Komitee der Vereinigung der ausländischen Arbeiter und Soldaten in Deutschland“ unter Leitung eines kriegsgefangenen Offiziers des sogenannten Arbeitskommandos 10105 zerschlagen. Das Ziel des Komitees war laut Gestapo die „Erfassung weiter Kreise ausländischer Kriegsgefangener und Arbeiter zur Ermittlung kriegswichtiger Anlagen, die Ausführung von Sabotageakten jeder Art, die Unterbindung der Transportwege nach dem Osten durch Sprengung der Bahnlinien, Bandenbildungen für einen bewaffneten Aufstand im Innern des Reiches, die Bewaffnung der Banden aus Heeresbeständen, die Zerstörung oder Besetzung von Rundfunk, Telefon, Telegraf“¹⁷. Solche Meldungen waren meist stark übertrieben, gleichwohl wurde die Sorge, der Zusammenbruch des NS-Regimes könne mit einem blutigen Aufstand der Fremdarbeiter zusammen treffen, immer größer.

Aber auch die Anwesenheit zahlreicher evakuierter Deutscher aus allen Teilen des Reiches wurde als Überfremdung und Störung des heimatlichen Lebens empfunden. Im Landkreis Ansbach befanden sich im Frühjahr 1945 etwa 12 000, im Landkreis Fürth rund 11 000 Evakuierte; die Zahl dieser Einquartierten machte auf dem Lande mithin etwa ein Drittel der einheimischen Bevölkerung aus¹⁸. Die meisten stammten aus Hamburg, dem Saarland und aus den großen Städten des Ruhrgebietes. Noch nie zuvor war die Landbevölkerung der beiden Kreise so massiv mit Volksgenossen aus ganz anderen Milieus konfrontiert worden. Allein die Unterbringung in Privatquartie-

¹⁴ Vgl. Anton Großmann, Polen und Sowjetrussen als Arbeiter in Bayern 1939–1945, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXIV (1984), S. 355–397.

¹⁵ Gendarmerie-Posten Großweismannsdorf an LR Fürth, 28. Juni 1943, in: LRA Fürth, EAP 000. Vgl. auch NSDAP Kreisschulungsamt Fürth an NSDAP Gauschulungsamt Franken, 28. Dezember 1943, in: StA Nürnberg, NS-Mischbestand, vorl. Nr. 61.

¹⁶ RegPräs an bay. Staatsregierung, 8. Januar 1943, in: BayHStA, MA 106 679.

¹⁷ RegPräs an bay. Staatsregierung, 8. April 1944, in: Ebenda, MA 106 696.

¹⁸ Zu den Zahlen vgl. Annual Hist. Rep., Det. Fürth, 20. Juni 1946, in: NA, RG 260, 10/81–1/5; Unterlagen für den Jahresbericht des Ansbacher Oberbürgermeisters, in: Stadtarchiv Ansbach, ABc T/6/4; LR Ansbach an RegPräs, 3. Juli 1945, in: LRA Ansbach, EAP 01-016; OB Fürth an RegPräs, 4. September 1945, in: Stadtverwaltung Fürth, EAP 4; LR Fürth an RegPräs, 4. Juli 1945, in: StA Nürnberg, LRA Fürth (1962), Nr. 40/1.

ren und die Versorgung der Evakuierten bereitete den Kreis- und Stadtverwaltungen größte Schwierigkeiten. Konflikte und Querelen waren an der Tagesordnung. Immer wieder mußten die Dorfbürgermeister schlichten. Die Evakuierten waren an „Kinos, Vergnügungsstätten, Cafés, Damenfriseur, Bad“¹⁹ gewöhnt und konnten sich mit den ärmlichen Verhältnissen in der mittelfränkischen Provinz nur schwer abfinden. Nicht selten kam es zu herablassenden und unbedachten Äußerungen, die den Zorn der Einheimischen erregten. In den Wirtschaften oder Einkaufsläden kolportierte man die angeblichen Äußerungen von Evakuierten: Sie seien nicht zum „Arbeiten, sondern zur Erholung gekommen“ und könnten „daher auch Bedienung“ verlangen. Von anderen wollte man gehört haben: „Lieber alle Tage Luftalarm, als in dieser armseligen Gegend leben.“²⁰ Das ein- bis zweijährige konfliktreiche Miteinander von Alteingesessenen und Evakuierten ließ die Grenzen der so oft beschworenen Volksgemeinschaft deutlich werden.

Karolinenstraße, Bahnhofsplatz, Karlsplatz – die Umgebung des Ansbacher Bahnhofs glich nach dem Luftangriff vom 22./23. Februar 1945 einer Kraterlandschaft. Die nahegelegene Synagoge in der Rosenbadstraße war kaum beschädigt, sie befand sich seit 1939 im Besitz der Stadtverwaltung und stand 1945 leer²¹. In Fürth dagegen war die mehr als dreihundert Jahre alte Synagoge im November 1938 eingeeäschert worden. Im Frühjahr 1945 ragen ihre rußgeschwärzten, schon von Wind und Wetter gezeichneten Mauern wie Strünke in den Himmel – Symbol des traurigen Endes der traditionsreichen jüdischen Gemeinde in Fürth, deren Anfänge bis in das späte Mittelalter zurückreichten²². Bedeutende Juden stammten aus Fürth: Leopold Ullstein, der Pressezar des kaiserlichen Deutschland, der damals vielgelesene Schriftsteller Jakob Wassermann und auch der spätere amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der sich 1938 zusammen mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten retten konnte. Er entkam so einem Schicksal, das für fast alle der 1939 noch ansässigen 800 Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern der besetzten Ostgebiete endete²³. 1945 ist das alles nicht vergessen. Viele Fürther hatten dabeigestanden, als SA- und SS-Leute 1938 die Juden aus ihren Häusern holten und „unter Verhöhnungen und Beschimpfungen auf einem freien Platz der Stadt“ zusammentrieben. Sie hatten mitangesehen, wie Gemeinderabbiner Dr. Behrens „zum Vergnügen der Volksmenge“ gezwungen worden war, „auf eine am Boden liegende Thorarolle zu treten“²⁴. Jetzt, im Frühjahr 1945, als die Luftalarme nicht mehr enden wollen, gehen Gerüchte in der Stadt um: Fürth werde wegen der damaligen Ausschreitungen gegen die Juden von

¹⁹ RegPräs an bay. Staatsregierung, 7. September 1943, in: BayHStA, MA 106 679.

²⁰ Ebenda und RegPräs an bay. Staatsregierung, 7. Juli 1943, in: Ebenda.

²¹ Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Ansbach vgl. Ophir/Wiesemann, Jüdische Gemeinden, S. 156–161; zur „Reichskristallnacht“ vgl. Urteil der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 22. Juli 1948 gegen Richard Hänel u. a., in: Amtsgericht Ansbach, Registratur S: Nr. 2.

²² Zu den Juden in Fürth vgl. Ophir/Wiesemann, Jüdische Gemeinden, S. 179–187; Ruth Städtner, Fürth und seine Juden, in: Lebendige Stadt Fürth, Fürth 1951; Stefan Schwarz, Fürth – die führende jüdische Gemeinde im bayerischen Emanzipationskampf, in: Nachrichten für den jüdischen Bürger Fürths 1963; Günther Klier, Die Fürther Judengemeinde im Wandel der Zeiten, Fürth 1966 (Ms. im Stadtarchiv Fürth); Rudolf Endres, Die Juden in Fürth, in: Fürther Heimatblätter 31 (1981), Nr. 4, S. 73–85.

²³ Vgl. Ophir/Wiesemann, Jüdische Gemeinden, S. 184–187.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 183.

den alliierten Bombengeschwadern bevorzugt angefliegen, oder Fürth bleibe verschont, weil viele Juden Häuser und Grundstücke in der Stadt haben²⁵.

Auch das Dienstgebäude des evangelischen Landeskirchenrats in der Ansbacher Järgergasse lag in Trümmern. Landesbischof Hans Meiser, der sich seit einem Jahr in Ansbach, der Hochburg des fränkischen Protestantismus, aufhielt, war mit dem Schrecken davongekommen. Er wies den Bergungstrupps den Weg zum verschütteten Bunker unter seinem Dienstgebäude und wandte sich dann den vielen freiwilligen Helfern zu, die mit den Aufräumarbeiten begannen²⁶. Der weißhaarige Bischof genoß bei der kirchenfrommen Bevölkerung Ansbachs hohes Ansehen, seine Gottesdienste und Andachten in der Johannis- und Gumbertuskirche waren überfüllt. Sein enger Mitarbeiter, Oberkirchenrat Julius Schieder aus Nürnberg, schrieb im Frühjahr 1945 über die bitteren Erfahrungen der evangelischen Kirche und ihrer Mitglieder in der NS-Zeit: 1933 war der Regierung Hitler gerade aus der protestantischen Bevölkerung Frankens eine Welle des Vertrauens entgegengeschlagen. „Viele Parteimitglieder, deren kirchliche Treue und Aktivität über allem Zweifel stand, hegten, erweckten und stärkten die heiße Hoffnung, daß hier eine Volksbewegung entstanden sei, die das Volk nach langem Irrgang wieder in gesegnete alte Bahnen der Frömmigkeit und Ehrbarkeit zurückführen wolle; ja man konnte glauben, es erneuerten sich bald die Zeiten der Reformation, wo die Anliegen des Glaubens und der Rückkehr zu Gott die eigentlich treibenden Kräfte waren.“²⁷ Da die Kirchen aber bei allem Enthusiasmus für die „völkisch-christliche Wiedergesundungsbewegung“²⁸ zugleich darauf bedacht gewesen waren, ihre Freiheit von aller staatlichen Bindung zu bewahren, war die „heiße Hoffnung“ schnell abgekühlt, als das Bestreben der NS-Führung erkennbar wurde, die Kirche von innen her durch die Protegierung der Deutschen Christen zu lähmen und sie andererseits „aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen ... das ganze kirchliche Schrifttum zu vernichten und die Stimme der Kirche ... zum unhörbaren Flüstern in einem engen Winkel herabzudämpfen“²⁹.

Die „Verbundenheit“ mit der traditionellen Kirche, so Landesbischof Meiser in einer Predigt in Ansbach, erwies sich aber als „stärker als die Volksgemeinschaft“³⁰. Den Versuchen der Deutschen Christen, in die evangelischen Gemeinden einzudringen, waren nur bei der säkularisierten kirchenfernen Stadtbevölkerung Erfolge beschie-

²⁵ Vgl. Die letzten Tage Fürths im 2. Weltkrieg, in: Stadtverein. Nachrichtenblatt des Stadtvereins 21 (1984) Nr. 3.

²⁶ Vgl. Fränkische Landeszeitung vom 6. Februar 1965.

²⁷ Übersicht über den Kirchenkampf vom 15.–17. Mai 1945, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 14–502; vgl. auch Günther van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus 1932/33, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930–1933, Köln/Berlin 1968, S. 377–402; Manfred Jacobs, Kirche, Weltanschauung, Politik. Die evangelischen Kirchen und die Option zwischen dem zweiten und dritten Reich, in: VfZ 31 (1983), S. 108–135; Helmut Baier, Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes, Nürnberg 1968.

²⁸ Vgl. Martin Broszat, Zur Lage evangelischer Kirchengemeinden, in: Ders./Elke Fröhlich/Falk Wiesemann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. I: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München/Wien 1977, S. 370.

²⁹ Übersicht über den Kirchenkampf vom 15.–17. Mai 1945, in: LKA Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 14–502.

³⁰ So Meiser in einer Predigt in Ansbach vom 23. September 1934. Vgl. Aus dem Leben der Ansbacher Gemeinden während des Kirchenkampfes 1933–1945, in: Privatbesitz Emma Lösch.

den³¹. Als die NS-Führung im Oktober 1934 Landesbischof Meiser abgesetzt und unter Hausarrest gestellt hatte, war unter den fränkischen Protestanten ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen, der das Ansehen der NSDAP in der Bevölkerung nachhaltig verschlechterte. In einem Bericht des Ansbacher Bezirksamtes an den Regierungspräsidenten hieß es damals: „Der politischen Lage gab der evangelische Kirchenstreit das Gepräge. Die Beunruhigung, die in die Bevölkerung durch diesen Streit hineingetragen wurde und die in der immer wieder hörbaren Befürchtung ‚wir müssen katholisch werden‘ gipfelte, führte auch zu einer Mißstimmung gegen Staat und Partei, denen man mehr oder weniger offen einseitige Stellungnahme und Eingriffe zu Gunsten der Bestrebungen des Reichskirchenregiments unterschoob ... Bemerkenswert ist, daß von verschiedenen Ortsgruppenleitern dahin berichtet wurde, daß auf Grund der Vorgänge teilweise der Standpunkt vertreten wurde ‚nun habe die Partei nichts mehr zu sagen‘.“³²

Die Entrüstung nahm schließlich ein Ausmaß an, das die NS-Führung zwang, ihre Aktion gegen Meiser und die evangelische Kirche rückgängig zu machen. Damit und vor allem durch die außenpolitischen Erfolge, die auch von den evangelischen Kirchenführern freudig begrüßt wurden, gewann sich das NS-Regime gewiß viele Sympathien zurück. Bei zahlreichen engagierten Christen aber war das Vertrauen in die Hitlerpartei erschüttert, bei vielen irreparabel zerstört. Auch in Ansbach und Fürth rückten viele Christen angesichts der immer deutlicher zutage tretenden antikirchlichen und antichristlichen Züge des NS-Regimes von ihren früheren Hoffnungen auf eine Synthese von protestantischer Frömmigkeit und völkischem Nationalismus ab. Einst von der NSDAP als nationalsozialistische Hochburg gefeiert, wurde Ansbach jetzt als „Hochburg des engen Konfessionalismus“³³ denunziert. Um den beherzten Oberkirchenrat Georg Kern sammelte sich eine größere Gruppe aktiver Christen, die sich dem Nationalsozialismus innerlich ganz entfremdet hatte. Zu ihr gehörten u.a. Rechtsanwalt Konrad Ebert, die Hausfrau Frieda Lingmann und der Bauer Georg Mack, die nach Kriegsende bei der Gründung der CSU in Ansbach eine bestimmende Rolle spielten³⁴.

Die evangelischen Kirchenführer täuschten sich freilich nicht darüber, daß, trotz des Zurücksteckens der NSDAP im Kirchenkampf 1934, in der NS-Zeit viele „Risse und Sprünge im Bau“³⁵ der kirchlichen Gemeinden entstanden waren. Schieder faßte diese Entwicklung so zusammen: Die „erhebende Treuebewegung des Herbstes 1934“

³¹ In Fürth schlossen sich der DC-Gruppe immerhin 500 Mitglieder an, insgesamt wurden den Deutschen Christen mehr als 2000 Fürther „Seelen“ als Sympathisanten zugerechnet. Im dörflichen Milieu fanden die Deutschen Christen dagegen kaum Resonanz: im gesamten Landkreis Ansbach gab es Anfang 1935 nur vier kleine DC-Gruppen mit 247 Mitgliedern, im Landkreis Fürth lediglich zwei mit 118 meist männlichen Mitgliedern, deren Frauen, so der Vorsteher des Bezirksamts Fürth, nahmen „in vielen Fällen ... einen anderen Standpunkt ein als die Männer“. Vgl. BA Fürth an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 25. März 1935, in: StA Nürnberg, Reg von Mittelfranken (1978), Nr. 456; BA Ansbach an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 26. März 1935, in: Ebenda; Stadtrat Fürth an Reg von Ober- und Mittelfranken, 29. März 1935, in: Ebenda.

³² BA Ansbach an RegPräs, undatierter Bericht, in: StA Nürnberg, LRA Ansbach (1961), Nr. 332; vgl. auch BA Fürth an RegPräs, 2. November 1934, in: LRA Fürth, EAP 000.

³³ RegPräs an bay. Staatsregierung, 7. Februar 1936, in: BayHStA, MA 106 677.

³⁴ Vgl. dazu S. 190f.

³⁵ Bericht der Landeskirchenleitung über die Kirchenvisitationen in Bayern 1937/38, abgedruckt in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. I, S. 414.